

Politische Berichte

Zeitschrift für sozialistische Politik

Streik bei Niro Petersen in Flensburg



Sie sind eine Handvoll Kollegen. Sie streiken um eine tarifliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse und um mehr Lohn. Sie streiken bereits länger als ihre Großväter 1956/1957. Aber ohne Verhandlungstermin. Und schreiben jetzt schon auf ihr Transparent: „Wir sind Sieger!“ S. 14



- *US-Raketenbasen in Tschechien? – Die Mehrheit sagt „Ne zakladnam“ – S. 4*
- *Afghanistan: Tornado-Beschluss treibt die militärische Eskalation voran – S. 6*
- *NRW: 20 000 demonstrieren gegen „Reform“ der Gemeindeordnung – S.12*
- *Streik bei Niro Petersen in Flensburg – S. 14*
- *Streit in der Linken um Europa – S. 19*

Ausgabe Nr. 6 am 22. März 2007, Preis 1,80 €



Gegründet 1980 als Zeitschrift des Bundes Westdeutscher Kommunisten unter der Widmung „Proletarier aller Länder vereinigt Euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt Euch“. Fortgeführt vom Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHEINT VIERZEHTÄGLICH

Herausgegeben vom: Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften, Zülpicher Str. 7, 50674 Köln. Herausgeber: Barbara Burkhardt, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Claus-Udo Monica, Brigitte Wolf.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft; Auslandsberichterstattung: Christiane Schneider (verantwortlich), GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43 188820, Fax: 040 / 43 188821. E-mail: gnn-hhsh@hansenet.de - Alfred Küstler, GNN-Verlag, Postfach 60 02 30, 70302 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Regionales / Gewerkschaftliches: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32, e-mail: pb@gnn-verlage.de

Diskussion / Dokumentation: Rüdiger Lötzer (verantwortlich), Postfach 210112, 10501 Berlin, e-mail: gnn-berlin@onlinehome.de

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221 / 211658, Fax: 0221 / 215373. E-mail: gnn-koeln@netcologne.de
Termine: Alfred Küstler, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht. Adresse GNN Hamburg

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 07 11 / 62 47 01, Fax: 07 11 / 62 15 32. E-mail: stuttgart@gnn-verlage.com

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 1,80 €. Ein Halbjahresabonnement kostet 29,90 € (Förderabo 42,90 €), ein Jahresabonnement kostet 59,80 € (Förderabo 85,80 €). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 54,60 €, Sozialabo: 46,80 €. Ausland: + 6,50 € Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Herausforderung der Sprachenvielfalt annehmen

Iwd, 16.3. scc. Auf ihrer jüngsten Jahrestagung forderte die Deutsche Gesellschaft für Sprachwissenschaft „Alternativen zum monolingualen Habitus der deutschen Schulen und für eine mehrsprachige Erziehung“. Auf einer Pressekonferenz wiesen Vertreter darauf hin, dass Sprachen keine fixen, unveränderlichen Systeme sind, sondern sich ständig verändern, u.a. durch Kontakt mit anderen Sprachen. So gerate das Deutsche, besonders in den Großstädten, durch Migration in den Kontakt mit einer Vielzahl von Einwanderersprachen. Die hieraus resultierende Sprachenvielfalt kann gesellschaftlich wie individuell als Herausforderung begriffen werden, wenn es darum geht, sich über sprachliche und kulturelle Grenzen hinweg zu verständigen und möglichst vielen Menschen die Partizipation am sozialen Leben zu ermöglichen; die Vielfalt könne aber auch mit einem Reichtum an Lebensformen und Ausdrucksmöglichkeiten korrespondieren, den es zu fördern gelte. Konkret fordert die Gesellschaft: eine grundlegende Stärkung der linguistischen Kompetenzen von Deutschlehrern, d.h. mehr Wissen über Mehrsprachigkeit, Zweitspracherwerb, unterschiedliche Diskurs- und Texttraditionen; (Freizeit-)Projekte, in denen Gruppen mit Kindern unterschiedlicher Herkunftssprache gearbeitet wird und in denen die Bereitschaft zum Deutschsprechen und Deutschschreiben auf natürliche Weise gefördert und professionell unterstützt wird; echte bilinguale Schulprogramme, auch in den Migrationssprachen, in denen der Unterricht von angemessen ausgebildeten Lehrerinnen gleichberechtigt in zwei Sprachen erfolgt.

Verfassungsrichterin fordert besseren Schutz von Häftlingen

Ngo-online.de, 12.3. alk. Die Bundesverfassungsrichterin Gertrude Lübbe-Wolff wirft dem Staat Versagen beim Schutz von Häftlingen vor Übergriffen vor. „Es ist eine perverse Situation, dass der Staat ausgerechnet da, wo er die dichteste Kontrolle ausübt, am wenigsten seine elementarste Aufgabe erfüllt: Menschen vor gegenseitiger Gewalt zu schützen“, sagte Lübbe-Wolff dem Nachrichtenmagazin „Focus“. Die Gefangenen dürften nicht brutalisiert statt resozialisiert aus der Haft herauskommen.

Lübbe-Wolff, die im Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe für Klagen von Häftlingen zuständig ist, forderte eine geringere Belegung der Zellen und eine ausreichende Personalausstattung in den Vollzugsanstalten. Wenn Auf-

sichtsbeamte fehlten, wachse die Versuchung, sich die Arbeit durch Kompromisse mit den Anführern der Gefängnis-Subkultur zu erleichtern, damit die für Ruhe sorgten.

Außerdem verlangte die Richterin von den Justizministerien, Informationen über Gewaltfälle regelmäßig in einer Statistik zu veröffentlichen. „Ein Vergleich dieser Daten mit denen des Vorjahrs würde diejenigen stärken, die sich in den Gefängnissen um Gewaltprävention bemühen“, sagte sie.

Lübbe-Wolff kritisierte in diesem Zusammenhang einen in der Justiz herrschenden Zeitdruck. Die Strafvollstreckungskammern der Landgerichte, die über Klagen von Häftlingen entscheiden, stünden unter sehr großem Arbeitsdruck, und darunter leide mitunter die Qualität der Entscheidungen. „Die Gerichte dürfen nicht nach der Maxime verfahren: ‚Was der Strafgefangene sagt, ist immer verkehrt‘“, meint die Verfassungsrichterin. Die Zahl der Verfassungsbeschwerden von Gefängnisinsassen ist dem Blatt zufolge 2006 gegenüber dem Vorjahr um 70 Prozent auf 400 gewachsen.

Kapitalisten und Gemeinden zufrieden mit Unternehmenssteuerreform

www.bdi-online.de, 14.3. alk. „Lob für Kabinettsentwurf“ überschreibt der Bundesverband der deutschen Industrie (BDI) seine Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung. Der Gesetzentwurf sieht vor, dass der Steuersatz (einschließlich Gewerbesteuer) für Unternehmen, die als Körperschaft verfasst sind (GmbH, Aktiengesellschaft usw.), von derzeit durchschnittlich knapp 39% auf knapp 30% gesenkt wird. Das sei nötig, damit die im internationalen Vergleich hohen Steuersätze sich nicht als Investitionshemmnis auswirken. Mit der Gegenfinanzierung, die dem BDI im Detail noch nicht ganz schmeckt, ist die sogenannte Zins-schranke gemeint. Sie wird neu in das Körperschaftsteuergesetz eingefügt. Danach können die Aufwendungen für die Finanzierung des Firmengeschäfts durch Fremdkapital nicht mehr vollständig vom Gewinn abgezogen werden. Das soll erschweren, dass international operierende Firmen ihre Kredite vor allem in der BRD aufnehmen und darüber Gewinne und deren Besteuerung in andere Staaten übertragen. Im Prinzip, sagt der Kapitalistenverband, sei diese Regelung akzeptabel, hat aber zahlreiche Änderungswünsche im Detail, die in einer 75-seitigen Stellungnahme gemeinsam mit anderen Unternehmerverbänden an die Regierung ging. Ebenfalls ausdrücklich begrüßt wird von den Unternehmerverbänden, dass künftig Gewinne, die nicht ausge-

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

o 4 Ausgaben für 10 € (beilegen) zum Kennenlernen

o Halb- o Jahresabo (29,90 / 59,80 € je Einzelabo)

o Halb- o Jahres-Förderabo (42,90 / 85,80 €)

o Halb- o Jahres-Sozialabo (23,40 / 46,80 €)

o Halb- o Jahresabo neue Länder (27,30 / 54,60 €)

o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BIZ:

Bank:

Unterschrift:

Ein senden an: GNN-Verlag, Postfach 600230, 70302 Stuttgart

Politische Berichte im Internet: www.gnn-verlage.com

schüttet werden („thesauriert“), geringer besteuert werden. Die Auswirkungen der Unternehmenssteuerreform auf die Gewerbesteuer werden im Gesetzentwurf als „stabilisierend“ und „verstetigend“ bezeichnet. Abgesehen von einem Absinken der Gewerbesteuer im Jahr der geplanten Einführung (36,7 Mrd. € Gewerbesteuer 2008 gegenüber 38,4 Mrd. € in 2007), würde das Aufkommen aus Gewerbesteuer dann sogar bis 2012 stetig ansteigen (auf 49,7 Mrd. €). Daher hat sich auch der Deutsche Städtetag im wesentlichen positiv zum Gesetzentwurf geäußert.

OECD-Bericht: Entwicklung des ländlichen Raums

www.oecd.org, 15.3. alk. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die internationale Vergleiche anstellt, um Schwächen oder Stärken einzelner Ökonomien zu bewerten (bekannt ist die Schulstudie „Pisa“), hat jetzt die Politik zur Förderung des ländlichen Raums in der Bundesrepublik geprüft und kritische Anmerkungen veröffentlicht. Zwar sei der ländliche Raum durch seine Nähe zu städtischen Zentren und guter Verkehrsinfrastruktur vergleichsweise gut gestellt, aber die politischen Maßnahmen für die Zukunft seien unzureichend. Kritisiert wird von der OECD, dass die Förderpolitik derzeit noch einseitig auf die Landwirtschaft (Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes) sowie die besonderen Förderung in den neuen Bundesländern (Gemeinschaftsaufgabe Regionale Wirtschaftsentwicklung) konzentriert. Letztere sei zudem zu stark „nachsorgend“ angelegt und wenig geeignet strukturelle Nachteile auf Dauer zu beseitigen, außerdem würde sich die Hilfe für Ostdeutschland zunehmend auf die Städte konzentrieren. Zur Abhilfe schlägt die OECD fünf Schwerpunkte vor: „Der erste betrifft die Förderung von Unternehmensentwicklung und Innovationstätigkeit durch die Bereitstellung öffentlicher Güter und eine auf den jeweiligen Raum zugeschnittene Bildungs- und Ausbildungspolitik. In Anlehnung an in anderen OECD-Ländern beobachtete gute Verfahrensweisen spricht alles dafür, anstelle von Subventionen die Mittel für Investitionen in verschiedenen Bereichen (wie auf kulturelle Attraktivitätsfaktoren ausgerichteter Tourismus, KMU des Verarbeitenden Gewerbes, Energiegewinnung und Dienstleistungen für ältere Personen) zu erhöhen, die angesichts der nationalen wie auch internationalen Trends ein Wachstumspotenzial bergen.“ Als Beispiel wird erwähnt die Bereitstellung von Breitband-Internetzügen auch auf dem flachen Land. Zweitens sollten die Möglichkeiten des Tourismus und der Produktion erneuer-

barer Energien gezielter gefördert werden. Drittens, meint die OECD, soll die Daseinsvorsorge in den entlegeneren ländlichen Regionen gezielt verbessert werden, z.B. intelligente Pool-Lösungen bei der Gesundheitsversorgung seien angesichts des Alterungsprozesses und Bevölkerungsschwundes vor allem in Ostdeutschland von Nöten. Viertens sei eine Reorganisation der Zuständigkeiten nötig, damit die Politikfolgenabschätzung für den ländlichen Raum den geänderten Umständen entspricht. Und fünftens schließlich sollte eine Art Leitbild für den ländlichen Raum entwickelt werden, da immer noch zu sehr ländlicher Raum mit Agrarwirtschaft in Verbindung gebracht wird. Die Studie ist als Pdf-Datei erhältlich.

„Normenkrieg“ zwischen EU und USA

Die Presse, 14.3. hav. Die EU hat ein äußerst effizientes System der Normung entwickelt, das auch weltweit dominiert. Diese Dominanz wird allerdings von den USA immer öfter angegriffen. Washington ortet Handelshemmnisse für seine Produkte und versucht deshalb verstärkt, seine eigenen Standards international durchzusetzen. So werden etwa unter der Begründung von Sicherheitsauflagen („Homeland security“) europäische Anbieter diskriminiert. Um sich etwa eine Vorreiterrolle im arabischen Raum zu verschaffen, versuchen die USA, ihr Normensystem derzeit im Irak durchzusetzen. Der Nachteil für die Vereinigten Staaten ist allerdings ihr Wildwuchs an Normungsverbänden, die teilweise gegenseitig konkurrieren. In Europa gibt es neben den nationalen Normungsinstituten auch zentrale europäische Normungsstellen. Normen werden auf europäischer Ebene im Europäischen Komitee für Normung CEN (Comité Européen de Normalisation) und im Europäischen Komitee für elektrotechnische Normung CENELEC (Comité Européen de Normalisation Electrotechnique) entwickelt. Sobald es eine europäische Norm gibt, sind nationale Normen, die zum gleichen Thema entwickelt wurden, hinfällig.

Kritik an EU-AKP-Gesprächen

Afrika online, 16.3. hav. Auf dem Petersberg bei Bonn sind die informellen Freihandelsgespräche zwischen den Entwicklungsministern der EU und Vertretern der afrikanisch-karibisch-pazifischen Staaten (AKP) am 12. und 13. März mit schönen Worten von offizieller Seite und massiver Kritik im Hintergrund zu Ende gegangen. Thema der Unterredungen der EU-Minister mit rund 30 AKP-Vertretern waren die bis zum Jahresende neu zu strukturierenden Handelsbeziehungen. Am 31. Dezember enden die von der Welthan-

delsorganisation (WTO) genehmigten Ausnahmeregelungen und damit der Präferenzhandel zugunsten der AKP-Staaten in seiner jetzigen Form. Noch ist keine Einigung mit Blick auf neue, WTO-konforme Abkommen in Sicht. Massive Kritik kommt von NGOs und linken EU-Parlamentariern. Sie monieren vor allem finanzielle Druckmittel. Die EU mache Hilfe in Höhe von 2,6 Milliarden Dollar von einem Abschluss der Gespräche in ihrem Sinne abhängig. Etwa die Hälfte dieser Summe aber befindet sich noch in der Schwebe. Das sei ein unrealistisches Hilfsangebot zum Dank für einen Vertrag, der alles andere als optimal zu werden verspreche. Zudem berichten Insider, dass die EU den AKP-Staaten mit bedeutenden Verlusten bei Exporteinnahmen drohe, sollten sie sich nicht fügen und den Stichtag einhalten. Der Region Westafrika seien Einbußen von einer Milliarde Dollar im Jahr vorhergesagt worden, der Region Zentralafrika höhere Zölle auf Produkte für den europäischen Markt.

Bildungsbürger fragen „Sollen wir Carl Schmitt ein Denkmal setzen?“

faz, 17.3. maf. Der Jurist Carl Schmitt (*1888 †1985) gehörte (so wie auch Ernst Forsthoff, *1902 †1974) zu den konservativen katholischen Intellektuellen, die sich in den 20-er Jahren dem Führerprinzip zuwandten und für Hitler Propaganda machten. Zur Durchsetzung der Nazi Herrschaft war die Verschränkung von Nazibewegung und nach gesetzlichen Regeln mit grauenhafter Zuverlässigkeit funktionierendem Staatswesen unerlässlich. Schmitt, der dabei auf die gefühlte Bedrohung und die Zerfallserscheinungen der bürgerlichen Gesellschaft zurückgriff, nahm an, dass die Gesellschaft durch die Homogenität der engeren, auf gemeinsame Werte bezogenen Gemeinschaft zusammengehalten werde. Wer diese Homogenität bedroht, wird als „Feind“ gesehen und ist – ganz logisch – von der Teilhabe an den Werten der Gemeinschaft ausgeschlossen. Quell des Rechts können nicht die Bürger sein, die Einzelinteressen vertreten, sondern der Führer, der die Gemeinschaft verkörpert. – Diese trübe Figur, die nicht verstand, dass es gerade die Differenzen zwischen den Einzelnen sind, die Kooperationen ermöglichen und so den gesellschaftlichen Zusammenhang bilden, wird seit einigen Jahren wiederbelebt. Warum? Weil er mit seinem Freund-/Feind-Theorem ein Instrument geschaffen hätte, mit dem sich heute besser denn je politische Realitäten beschreiben lasse. So Timo Frasch, der in der FAZ von 17.3. S. 44 das Denkmalprojekt wohlwollend vorstellt. Ein Förderkreis hat sich schon gebildet.

Zusammenstellung: alk

Den folgenden Artikel entnehmen wir den Deutsch-Tschechischen Nachrichten Nr. 76 vom 8. März. Die polnische Regierung hat inzwischen erklärt, noch im März über die Stationierung von Teilen des Raketenabwehrsystems zu beschließen. Gleichzeitig teilte sie mit, dass sie keine Volksabstimmung über die Stationierung durchführen werde. Auch in Polen ist die Errichtung des Systems heftig umstritten. Bundeskanzlerin Merkel hat sich im Vorfeld ihres Polenbesuches für eine Raketenabwehr in Verantwortung der Nato ausgesprochen und daran erinnert, dass der Nato-Rat bereits 2002 grundsätzlich den Aufbau einer Raketenabwehr unter der Ägide der Militärallianz beschlossen habe. (NZZ, 14.3.)

Aber nicht nur in Europa wollen die USA Bestandteile ihres Raketenabwehrsystems stationieren. Es handelt sich vielmehr um ein weltumspannendes System, dessen Entwicklungskosten auf insgesamt 90 Mrd. Dollar veranschlagt werden. Derzeit sind 14 Abfangraketen in Alaska installiert, zwei weitere in Kalifornien. Zur Steuerung der Abfangraketen stehen Radaranlagen in Grönland, Großbritannien und auf einer mobilen Seeplattform vor Alaska (die vierte ist die in Tschechien geplante). Auch lässt das US-Verteidigungsministerium das Interesse durchscheinen, im Kaukasus – genauer

Georgien – eine Radaranlage zu stationieren. (Passauer Neue Presse, 17.3.07) Anfang März bekräftigten der japanische Verteidigungsminister und US-Vizepräsident Cheney anlässlich seines Japan-Besuchs die Zusammenarbeit beider Länder bei der Entwicklung eines Raketenabwehrsystems. Im letzten Jahr hatten die USA bereits moderne Raketenysteme vom Typ Patriot auf Okinawa stationiert; die japanische Regierung ist dabei, Raketenabwehranlagen am Rande der Großstädte aufzubauen. (Der Standard, 3.3.07) Die angesprochene Zusammenarbeit bezieht sich aber vor allem auf ein gemeinsames Forschungsprojekt für die Entwicklung eines so genannten LEAP-Sprengkopfes. Ein japanischer Autor schrieb dazu in der Österreichischen Militärischen Zeitschrift (3/06): „Nach offiziellen Erklärungen dient das Raketenabwehrsystem dem Schutz vor nordkoreanischen Raketenangriffen. Das gemeinsam mit den USA laufende LEAP-Forschungsprojekt befasst sich mit Sprengköpfen, die sich außerhalb der Atmosphäre bewegen und daher kaum für die Abwehr von tief fliegenden nordkoreanischen Nodong-Raketen geeignet sind. Dies lässt den nahen Schluss zu, dass die LEAP-Sprengköpfe der Zukunft nicht gegen Nordkorea, sondern zur Abwehr chinesischer Luftangriffe entwickelt werden.“ scc

US-Raketenbasen in Tschechien? – Die Mehrheit sagt „Ne zakladnam!“

Von Renate Hennecke

Thema Nr. 1 in Tschechien ist seit dem 20. Januar die Anfrage der USA an Polen und Tschechien, der Stationierung einer Raketenabwehrbasis bzw. des dazu gehörigen Radarleitsystems zuzustimmen. Zwar war schon seit dem Sommer bekannt, dass geheime Gespräche über ein derartiges Projekt stattgefunden hatten, und sofort war erheblicher Protest in der tschechischen Bevölkerung aufgeflammt, aber bisher hatte es immer geheißt, es liege noch gar keine offizielle Anfrage von Seiten der USA vor. Einen Tag, nachdem der neue Premier Mirek Topolánek (ODS) die Vertrauensabstimmung im Parlament erfolgreich hinter sich gebracht hatte, bestätigte er, dass es eine solche Anfrage gebe und dass er den Plan unterstützen wolle.

Proteste kamen umgehend aus Moskau, wo das Raketenprojekt als Bestandteil einer amerikanischen Politik interpretiert wird, die die USA als einzig verbliebene Weltmacht betrachtet und Russland in die Zweitrangigkeit abdrängen will. Offene Worte des russischen Präsidenten Putin in dieser Richtung auf der sog. Münchner Konferenz zur Sicherheitspolitik am 10. Februar wurden in Prag als abwegig zurückgewiesen. Die Raketen seien nicht gegen Russland gerichtet, sondern dienten der Abwehr potenzieller Angriffe durch Iran oder Nordkorea, hieß es. Und nach der Ankündigung des russischen Generals Nikolaj Solowjow, im Falle einer

Zustimmung Polens und Tschechiens zu den amerikanischen Plänen würden die strategischen Raketenverbände Russlands auf diese Objekte ausgerichtet, gab Topolánek die Parole aus: „Wir sollten uns nicht darum kümmern, was der russische Außenminister, Verteidigungsminister oder einige russische Generäle sagen.“ Sein Außenminister Karel Schwarzenberg trumpfte auf, die Tschechen würden sich doch nicht von russischen Drohungen einschüchtern lassen. Vielmehr würden diese nur ihre Entschlossenheit erhöhen, sich an dem System zu beteiligen.

Am 19. Februar fuhr Topolánek zum Staatsbesuch nach Warschau und erklärte nach Gesprächen mit dem seinem polnischen Amtskollegen Kaczynski: „Wir waren uns einig, dass unsere Antwort auf das Angebot höchstwahrscheinlich positiv ausfallen wird.“ Beide Regierungen wollten jedoch getrennt mit Washington verhandeln, um jeweils die größtmögliche Gegenleistung herauszuholen.

Mit Raketen gegen die EU-Verfassung

In Berlin wurde das Thema zunächst hauptsächlich anhand der Frage nach dem Verhältnis zu den USA einerseits und Russland andererseits abgehandelt. Von Unionspolitikern wurde Außenminister Steinmeier vorgehalten, er hätte als Reaktion auf Putins Rede in München die USA stärker in Schutz nehmen müssen, statt sie zu kritisieren, dass Russland im Vorfeld nicht ausreichend informiert und konsultiert worden sei. Angela Merkel, zurzeit amtierende EU-Präsidentin, unterstützte

Steinmeier jedoch. Sie sieht das empfindliche System der Abrüstungskontrolle und der Abrüstungsverträge gefährdet. Auch kritisierte sie, dass die USA die EU- und Nato-Gremien umgangen und das Gespräch mit Tschechien und Polen auf bilateraler Ebene gesucht hätten.

Bei ihrem Kurzbesuch in Prag am 27. Februar schnitt Merkel jedoch, zumindest den offiziellen Verlautbarungen zufolge, das Thema nicht an. Vielmehr ging es in ihren Gesprächen mit Topolánek und Präsident Klaus um den „europäischen Verfassungsprozess“, den die Kanzlerin während ihrer EU-Amtszeit wiederbeleben will. Auf der Prager Burg ließ man sie damit auflaufen. Wie Radio Prag anschließend berichtete, zeigte Premier Topolánek ihr unumwunden, dass sein Interesse an der EU-Verfassung gegen Null geht. Über der Debatte und den Verhandlungen dazu, sagte er, solle man doch bitte nicht die fälligen Sozial- und Wirtschaftsreformen in den Hintergrund abschieben. Und wenn schon eine Verfassung, dann eine „einfacher formulierte und besser verständliche“, aber schließlich werde durch die Tatsache, dass die EU bisher keine Verfassung habe, ihre Funktionsfähigkeit auch nicht blockiert.

Auch Präsident Klaus plädierte für eine langsame Gangart bei der EU-Verfassung. Über seinen Gedankenaustausch mit Merkel sagte er vor Journalisten: „Wir beide wissen, dass man in kleinen Schritten nach vorwärts gehen muss.“ Radio Prag ergänzte in seinem Bericht über Merkels Visite an der Moldau: „Bei einer Stippvisite in Warschau



Im ganzen Land fanden in den letzten Wochen und Tagen Demonstrationen statt. Bildquelle: <http://www.nezakladnam.cz/>

einen Tag zuvor stimmten Klaus und sein polnischer Amtskollege Lech Kaczyński darin überein, dass es nicht notwendig sei, zu „schnelle, radikale und überstürzte“ Entscheidungen zu treffen.“ Von Klaus ist bekannt, dass er jeder Vertiefung der europäischen Integration ablehnend gegenübersteht und darin die Schaffung eines „Superstaats“ sieht, in dem kleinere Länder vollständig ihre Souveränität verlieren.

Der „leere Raum“

Auch wenn über die Raketenfrage bei Merkels Besuch nicht ausdrücklich gesprochen wurde, so bestimmte sie doch den Verlauf der Gespräche. Denn für die konservativen tschechischen (und polnischen) Politiker steht bei ihrer Entscheidung über die Anfrage der USA nicht die Frage nach dem militärstrategischen Sinn des Projektes im Vordergrund, sondern die Tatsache, dass sich auf diese Weise ihr Verhältnis zu den USA enger gestalten lässt. Zwischen Russland und Deutschland gelegen, denen sie beiden ein tief eingewurzelt Misstrauen entgegenbringen, setzen sie ihre Hoffnung auf eine Rückversicherungspolitik durch ein möglichst enges Bündnis mit den USA. Auf diese Weise könne der geopolitisch „leere Raum“ zwischen Deutschland und Russland gefestigt werden, äußerte laut FAZ vom 20.2.2007 Topolánek bei seinem Besuch in Warschau.

Nicht zufällig wird daher in zahlreichen deutschen Kommentaren zurzeit immer wieder an den Januar 2003 erinnert, die Zeit kurz vor Beginn des Irak-Krieges der USA, als diese Politik ebenfalls erregte Debatten hervorgerufen hatte. Während sich nämlich Deutschland und Frankreich gegenüber Washingtons Kriegsplänen spröde zeigten, unterzeichneten der damalige tschechische Präsident Václav Havel und der polnische Regierungschef Leszek Miller, zusammen mit dem britischen Premier Tony Blair, dem Spanier Aznar und vier weiteren Staats- und Regierungschefs, den sog. „Brief der Acht“, in dem sie die USA ihrer vollen Unterstützung versicherten. Die beiden

die Verweigerer herablassend von dem „alten Europa“ gesprochen und dem lobend das „neue Europa“ entgegengesetzt.

Was ist da schief gelaufen?

Merkels Verteidigungsminister will die Tatsache, dass Tschechien und Polen jetzt die Raketenfrage nutzen, um sich in der EU mehr Gewicht zu verschaffen, durch Unterstellung der ganzen Sache unter den gemeinsamen Hut der Nato aus der Welt schaffen. FDP-Chef Guido Westerwelle dagegen drängte in einem Beitrag für die „Bild am Sonntag“ die Bundeskanzlerin, die Raketenpläne zum Thema des EU-Gipfels am 8./9. März zu machen. „Diese Raketenstationierung geht nicht nur Prag und Warschau etwas an. Hier geht es um Europas Sicherheit“, schrieb Westerwelle. Und: „Europa darf sich nicht spalten lassen.“ Auch die Grüne Renate Künast fand, dass sich „die EU solche Alleingänge, die unseren größten östlichen Nachbarn Russland in Sorge versetzen, nicht gefallen lassen (darf).“

Freilich müssen alle Pressionen in Richtung Wohlverhalten kontraproduktiv wirken. Auf deutscher Seite müsste man sich – zehn Jahre nach der Unterzeichnung der Deutsch-Tschechischen Erklärung, sechzehn Jahre nach dem deutsch-polnischen Grenzvertrag – vielmehr fragen, was schief gelaufen ist in den Beziehungen zu Tschechien und Polen, dass sie sich in den Bündnisstrukturen, denen sie angehören, nicht sicher genug fühlen und eine solche Rückversicherungspolitik für notwendig halten.

Die Mehrheit ist dagegen

Von Prag aus beobachtet man die Aufregung in Berlin amüsiert. Tschechiens Europa-Minister Alexandr Vondra spöttelte in einer Fernsehdiskussion: „Deutschland ist offenbar ein wenig eifersüchtig, dass die USA, wenn sie mit Europa sprechen wollen, nicht in Berlin, sondern in Prag und Warschau anrufen.“

Die tschechische und die polnische Bevölkerung findet die ganze Angele-

genheit weniger amüsant. Den jüngsten Umfragen zufolge lehnen 61 Prozent der Tschechen und 55 Prozent der Polen die Raketenbasen ab. Noch höher (73%) ist in Tschechien der Anteil derjenigen, die die Forderung nach einem Referendum unterstützen. Innerhalb kurzer Zeit wurden mehr als 50.000 Unterschriften dafür gesammelt, und die seit Sommer 2006 bestehende Bürgerinitiative „Ne základnám“ (Nein zu den Militärbasen) findet große Resonanz. Im Parlament wurde von kommunistischen und sozialdemokratischen Abgeordneten erneut ein Gesetzentwurf eingebracht, der die gesetzliche Grundlage für ein solches Referendum bilden soll. Die Antragsteller argumentieren, dass die Stationierung der US-Anlagen eine erhebliche Beeinträchtigung der Sicherheit Tschechiens bedeute. Antwortschläge würden dann nicht gegen das „Eigentümerland“ der Raketen, sondern gegen die CR als Stationierungsland geführt. Auch könne weder die Regierung noch die Bevölkerung der CR Einfluss auf die Erhöhung von Spannungen zwischen den Eigentümern der Raketen und einer anderen fremden Macht nehmen. Zudem würden internationale und vertragliche Verpflichtungen verletzt und schließlich werde die Stationierung die bei weitem größte Souveränitätseinbuße seit 1968 zur Folge haben. Denn alle die Anlagen betreffenden Fragen lägen außerhalb der Jurisdiktion der Tschechischen Republik.



Ein ähnlicher Gesetzentwurf war vor einigen Monaten gescheitert. Angesichts der breiten Debatte und der Resonanz der Unterschriftensammlung rechnen sich die Antragsteller jetzt realistische Chancen für einen Erfolg aus.

Aus: Deutsch Tschechische Nachrichten, DTN 76 vom 8. März.

Tornado-Beschluss treibt die militärische Eskalation voran

Am 9. März hat der Bundestag gegen die Stimmen von 157 Abgeordneten aus allen Fraktionen, darunter geschlossen die Linksfraktion, die Entsendung von sechs Tornado-Aufklärungsflugzeugen nach Afghanistan beschlossen. Verfassungs- und völkerrechtliche Einwände sind unten dokumentiert. Ungeachtet dessen wurde mit der Verlegung der Tornados ins nordafghanische Mazar-e-Sharif nahe der iranischen Grenze begonnen. Sie werden von 500 zusätzlichen Soldaten begleitet, die Zahl der Bundeswehrsoldaten in Afghanistan steigt so auf 3.500.

Damit treibt die BRD die militärische Eskalation in Afghanistan mit voran. Gerade in diesen Wochen findet statt, was Oberstleutnant Jürgen Rose in einem Beitrag im *Freitag* als „strategische Truppenverschiebung“ bezeichnete.¹ Großbritannien verlegt einen Teil seiner Streitkräfte – von bis zu 1000 Soldaten ist die Rede – aus dem Irak in die afghanische Provinz Helmand. Polen

stockt seine bisher 338 Soldaten bis Mai um 1.200 Mann auf. Die USA haben beschlossen, ihre Truppen um 3.200 aufzustocken und weiteres Kampfgerät in Afghanistan zu konzentrieren. 35.000 ausländische Soldaten werden nach Umsetzung der verschiedenen Beschlüsse in Afghanistan stationiert sein – ungefähr drei Mal so viel wie 2001.

Ein Grund für die Truppenverschiebung ist die im Februar gestartete „Frühjahrsoffensive“, mit der die Nato unterstreicht, dass sie – ungeachtet aller Reden von Wiederaufbau und der Gewinnung von „Herzen und Köpfen“ – die militärische Lösung anstrebt. Eingeleitet wurde die Offensive mit einem provokativen Nato-Luftangriff auf einen lokalen Taliban-Kommandeur, der „erfolgreich“ ein Ziel verfolgte: Das so genannte Musa-Quala-Protokoll wurde zerborst – es war in indirekter Absprache mit den Taliban auf Vermittlung örtlicher Stammesältesten zustande gekommen und regelte die Demilitarisierung und Selbstverwaltung des Distriktzentrums von Musa Quala/Helmand.² Seither gibt es ständige neue Meldungen über „versehentliche“ Tötung von Zivilisten oder afghanischen Polizisten. Der neue US-Kommandeur der ISAF-Truppen hat zudem angekündigt, mit Beginn der Mohnblüte noch in die-

sem Monat die Mohnfelder großflächig durch Einsatz von Herbiziden vernichten zu wollen – eine Kampfmaßnahme, die das Problem des Drogenanbaus³ nicht lösen, jedoch die Landbevölkerung an Leib und Leben gefährden und die Mohnbauern, für die keine Alternative geschaffen wird, in die Arme der Taliban treiben wird.

Auch die Taliban haben eine „Frühjahrsoffensive“ angekündigt. Derzeit kontrollieren sie mindestens 20 Distrikte in den süd- bzw. zentralafghanischen Provinzen Kandahar, Helmand und Uruzgan, und sie sind auf dem Vormarsch. „Nach Angaben von Mullah Dadullah, dem militärischen Führer der Taliban, will man bereits 6.000 Kämpfer zusammengezogen haben, um gegen die ausländischen Militärverbände und ihre afghanischen Helfer in Gestalt der ANA, der Afghan National Army, vorzugehen. Die Zahl der Mujaheddin könne noch bis auf 10.000 gesteigert werden, verkündet Dadullah.“⁴ Seit letztem Jahr ist klar, dass die Taliban sich erfolgreich reorganisiert haben. Alle Berichte über die Nato-Offensive sprechen von „erbittertem Widerstand“. Beobachter erwähnen, dass die Taliban inzwischen auch über moderne Waffensysteme verfügen, insbesondere zur Bekämpfung von Hubschraubern. Ob die

Linksfraktion klagt

Die Linksfraktion klagt gegen die Entsendung der Tornados beim Bundesverfassungsgericht. In ihrem Eilantrag stützt sie sich in weiten Teilen auf die Argumentation des von den CDU/CSU-Abgeordneten Wimmer und Gauweiler gestellten, vom BVerfG aus formalen Gründen nicht angenommenen Antrags. In ihrem Antrag, den der Freiburger Jurist Dietrich Murswiek ausgearbeitet hat, werden folgende zentrale Argumente angeführt:

1. Die USA verstößt mit ihrer Strategie ständig gegen fundamentale Prinzipien des Nato-Vertrages. Neben anderen Belegen wird angeführt, dass die Operation Enduring Freedom (OEF) in Afghanistan, die anfangs als Selbstverteidigung gerechtfertigt gewesen sei, inzwischen längst als „Krieg gegen den Terrorismus“ zu einem zeitlich und räumlich unbegrenzten Krieg geworden sei.

2. Indem die Nato diesem vertragswidrigen Verhalten der USA nicht entgegentritt, ist eine stillschweigende Änderung des Nato-Vertrages in Gang gesetzt worden, in denen die Begriffe des Vertrages ihren Inhalt ändern und „Selbstverteidigung“ auch erlaubt werde, wenn es gar keinen Angriff gegeben habe. Die Änderung des Nato-Vertrages sei mit dem allgemeinen Gewaltverbot der UN-Charta unvereinbar

und verstoße zugleich gegen Artikel 24, 25 und 26 des GG.

3. Die Bundesregierung wirkt an der völkerrechtswidrigen und verfassungswidrigen Änderung des Nato-Vertrages mit: durch Unterlassen, weil sie dem Prozess der stillschweigenden Vertragsänderung nicht entgegenwirkt; durch aktive Unterstützung völkerrechtswidriger Aktionen der USA; durch den „Mitwirkungsakt“ der Entsendung der Tornados, die nicht nur den ISAF-, sondern auch den OEF-Truppen der USA zur Verfügung stehen.

4. Die Mitwirkung der Bundesregierung an der stillschweigenden Änderung des Nato-Vertrages verletzt die Rechte des Bundestags und jedes einzelnen Abgeordneten. (...)

6. Die Entsendung der Tornado könnte der letzte Schritt in einer ständigen Staatenpraxis sein, der die stillschweigende Änderung der fundamentalen Prinzipien des Nato-Vertrages herbeiführt.

Quelle <http://www.jura.uni-freiburg.de/institute/ioeffr3/forschung/papers.php>

IALANA: Entsendung der Tornados verfassungswidrig

Die Organisation von Juristinnen und Juristen erklärte vor der Abstimmung im Bundestag:

„(...) Der jetzt zur Abstimmung stehende BT-Antrag 16/4298 (Tornado-

Einsatz) erweckt den Eindruck, es handle sich um eine Verwendung der Tornado-Kampfflugzeuge nur im Rahmen des ISAF-Einsatzes, also des Bundeswehreininsatzes auf der Grundlage der den ISAF-Einsatz ermächtigenden Resolutionen des UN-Sicherheitsrates ...

Aber: ISAF-Einsätze (= UN-mandatiert) und Einsätze im Rahmen von „Enduring Freedom“ (US-„Krieg gegen den Terror“) gehen zunehmend gewollt ineinander über. Sie vermischen sich in der Praxis. Das kommt augenfällig auch in dem weitgehend identischen Hauptquartier/Kommando beider zum Ausdruck. Daher können die von den Tornado-Aufklärungsflugzeugen beschafften Daten und Bilder auch im Rahmen von „Enduring Freedom“ zur „Feindaufklärung“ und Leitung des Artilleriefeuers Verwendung finden. Deshalb geht es bei dem beantragten Tornado-Beschluss zumindest auch um eine Unterstützung des US-Krieges „Enduring Freedom“.

Bei „Enduring Freedom“ in Afghanistan handelt es sich aber nicht um eine UN-Mission und auch nicht um einen Nato-Krieg, obwohl die Nato im Oktober 2001 wegen der Anschläge vom 11.9.2001 den „Bündnisfall“ im Sinne von Art. 5 des Nato-Vertrages beschlossen hatte. Denn die US-Regierung führt den „Krieg gegen den Terror“ („Enduring Freedom“ in Afghanistan) nicht im Rahmen der Nato-Strukturen unter

Taliban ihre 2006 militärisch so effektive Guerillastrategie aufgeben oder in ihrer Frühjahrsoffensive in regulären Kampfseinheiten vorrücken, ist noch dahingestellt.⁵ Wie wenig die Nato die Situation militärisch unter Kontrolle hat, machte Ende Februar der Taliban-Anschlag auf den Luftwaffenstützpunkt Bagram während Cheney Besuch deutlich: 23 Menschen kamen ums Leben.

Der linke pakistanische Schriftsteller Tariq Ali urteilt: „Es gibt keinen Weg, wie die Nato diesen Krieg jetzt noch gewinnen kann. Mehr Truppen schicken wird zu mehr Toten führen. Und intensive Kämpfe würden das benachbarte Pakistan destabilisieren.“⁶ Auch Jürgen Rose sieht US- und Nato-Streitkräfte in Afghanistan in einer „von Tag zu Tag prekärere[n] Lage“. Wie das Eingeständnis eines drohenden Debakels klang auch die Ausführung von Klaedens, außenpolitischer Sprecher der Union, in der Bundestagsdebatte: „Es bleiben uns realistischerweise nur noch 18 bis 24 Monate, um den Trend zur Destabilisierung zu stoppen und die Trendumkehr zu bewerkstelligen.“

Schon wirbt der stellvertretende Unionsfraktionsvorsitzende Schockenhoff über die Tornados hinaus für den Einsatz der Bundeswehr in ganz Afghanistan, und auch sein SPD-Kollege Kolbow

deutet an, dass die Tornados nicht der letzte Beitrag der BRD sein werden.⁷ Auf eine ganz andere Dimension und damit verbundene „unkalkulierbare Risiken“ weist Jürgen Rose hin: „Sollten nämlich – die Anzeichen dafür mehrer sich – die Vereinigten Staaten im Verein mit Israel tatsächlich dem verhassten Teheraner Regime nebst dessen nuklearen Ambitionen mit einen wie auch immer gearteten Militärschlag ein abruptes Ende bereiten wollen, so könnte sich Berlin urplötzlich mit der Forderung konfrontiert sehen, die Flugrichtung seiner Aufklärungsflugzeuge von Südost auf West zu ändern: mitten hinein in den iranischen Luftraum, um beispielsweise mobile iranische Boden-Boden-Raketen mit großer Reichweite aufzuklären...“⁸ *Christiane Schneider*

1 Freitag Nr. 9, Jürgen Rose, Feuer unterm Dach

2 Musa-Qala-Protokoll am Ende, SWP Aktuell 13, Februar 2007

3 Unter der Besatzung durch die Nato erreichte die Produktion von Rohopium in Afghanistan neue Rekorde: 2006 stieg sie auf 92% der Weltproduktion!

4 So Jürgen Rose, Feuer unterm Dach, a.a.O.

5 Eskalation in Afghanistan und der Tornado-Einsatz, SWP Aktuell 14, Februar 2007

6 Tariq Ali, Für einen Abzug aus Afghanistan, Counterpunch / ZNet 27.2.07

7 Netzeitung, 8.3.

8 a.a.O.

Nato-Oberbefehl, sondern als US-Krieg unter eigenem Kommando. Dieser Krieg ist nicht durch Art. 51 der UN Charta als Selbstverteidigung gerechtfertigt. Der UN-Sicherheitsrat hat auch mit seinen Resolutionen keineswegs das Vorliegen des Selbstverteidigungsfalles nach Art. 51 der Charta festgestellt. Also wird hier ein Krieg geführt, der gegen die Regeln der UN-Charta verstößt und völkerrechtswidrig ist – wie der Krieg der „Koalition der Willigen“ gegen den Irak. (...)

Folglich wären alle Unterstützungsleistungen der Bundeswehr für Einsätze im Rahmen von „Enduring Freedom“ völkerrechtswidrig. Der Tornado-Antrag der Bundesregierung beachtet diese Vorgaben (eines Urteils des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.6.05 zur Völkerrechtswidrigkeit des Irak-Krieges und von Unterstützungsmaßnahmen – C.S.) nicht hinreichend. Es müssten Auflagen enthalten sein, die ausschließen, dass die Bundeswehr unmittelbar oder mittelbar Hilfestellungen bei „Enduring Freedom“ leistet. (...)

Quelle: <http://www.ialana.de/66.0.html>

Offizier beantragt Entbindung von allen Aufträgen im Zusammenhang mit der Entsendung der Tornados

In einer achtseitigen „Dienstlichen Erklärung“ stützt sich der aktive Offizier,

Oberstleutnant Jürgen Rose, der vom Darmstädter Signal unterstützt wird, auf die Argumentation der oben angeführten Klage:

„Im Hinblick auf die von der Bundesregierung getroffene Entscheidung, Waffensysteme Tornado der Bundesluftwaffe zum Einsatz nach Afghanistan zu entsenden ..., den daraufhin am 9. März 2007 erfolgten Zustimmungsbeschluss des Deutschen Bundestages sowie der mittlerweile ergangene Befehlsgebung des Streitkräfteunterstützungskommandos zur Umsetzung dieser Entscheidung erkläre ich hiermit, dass ich es nicht mit meinem Gewissen vereinbaren kann, den Einsatz von Tornado-Waffensystemen in Afghanistan in irgendeiner Form zu unterstützen, da meiner Auffassung nach nicht auszuschließen ist, dass ich hierdurch kraft aktiven eigenen Handelns zu einem Bundeswehreinsatz beitrage, gegen den gravierende verfassungsrechtliche, völkerrechtliche, strafrechtliche sowie völkerstrafrechtliche Bedenken bestehen. Zugleich beantrage ich hiermit, auch von allen weiteren Aufträgen, die im Zusammenhang mit der „Operation Enduring Freedom“ im Allgemeinen und mit der Entsendung der Waffensysteme Tornado nach Afghanistan im Besonderen stehen, entbunden zu werden.“

Quelle: www.friedensratschlag.de

Umsetzung von EU-Richtlinien zur Verschärfung des Asylrechts missbraucht!

Flüchtlingsfeindlich, rückwärtsgewandt, integrationshemmend

Mehrere Organisationen – amnesty international Deutschland, Arbeiterwohlfahrt, PRO ASYL, Deutscher Caritasverband, Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband, Diakonisches Werk, Neue Richtervereinigung, Arbeitsgemeinschaft Ausländer- und Asylrecht im Deutschen Anwaltverein und die Rechtsberaterkonferenz der mit den Wohlfahrtsverbänden und dem Hohen Flüchtlingskommissar der UN zusammenarbeitenden Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte – haben am 14.3. eine gemeinsame Stellungnahme zum Gesetzentwurf zur Umsetzung aufenthalts- und asylrechtlicher Richtlinien der EU veröffentlicht. Sie fordern die Bundesregierung auf, den Gesetzentwurf nicht zu beschließen. Hier die – aus Platzgründen gekürzte – Kurzfassung der Stellungnahme.

(...)

Das Bundesinnenministerium hat einen Gesetzentwurf zur „Umsetzung von aufenthalts- und asylrechtlichen Richtlinien der Europäischen Union“ erarbeitet, der in der Fassung vom 8. Februar 2007 öffentlich bekannt geworden ist. Während die EU-Richtlinien teilweise grundsätzliche Verbesserungen im Bereich des Flüchtlingsschutzes vorsehen, birgt der vorgelegte Gesetzentwurf die Gefahr, die gegenteilige Wirkung zu entfalten. Der vorliegende Gesetzentwurf enthält zahllose Rechtsänderungen, die in keinem Zusammenhang mit dem Europarecht stehen – so zum Beispiel die geplanten Verschärfungen im Staatsangehörigkeitsrecht. Gleichzeitig sollen gemeinschaftsrechtliche Verpflichtungen im Flüchtlingsrecht gar nicht, unvollständig oder mangelhaft umgesetzt werden. Nach Auffassung der Verbände ist die Umsetzung der EU-Richtlinien in der geplanten Weise nur Flickwerk. Damit wird Deutschland den gemeinschaftsrechtlichen Verpflichtungen im Flüchtlingsrecht nicht gerecht. Das Gesetzesvorhaben wird als rückwärtsgewandt, integrationshemmend und flüchtlingsunfreundlich empfunden. (...) Die Verbände rufen den Gesetzgeber auf, die EU-Richtlinien in gemeinschaftsrechtsfreundlicher Weise umzusetzen.

Schutz vor Abschiebung in bewaffnete Konflikte

Nach der Qualifikationsrichtlinie müssen Personen vor Abschiebungen in bewaffnete Konflikte geschützt werden, wenn ihnen dort ein „ernsthafter Scha-

den“ droht. Dies ist der Fall, wenn „eine ernsthafte individuelle Bedrohung des Lebens oder der Unversehrtheit einer Zivilperson infolge willkürlicher Gewalt im Rahmen eines internationalen oder innerstaatlichen bewaffneten Konflikts“ gegeben ist. Diese Regelung ist für das deutsche Recht u.a. deswegen so bedeutsam, weil Flüchtlinge aus Kriegs- und Krisengebieten, insbesondere Bürgerkriegsflüchtlinge, bislang nur unzureichend geschützt wurden. Der Abschiebungsschutz wurde in der Regel nicht gewährt, weil die Bevölkerung insgesamt oder einzelne Gruppen von den Auswirkungen des Bürgerkrieges oder sonstigen Gefahren für Leib und Leben betroffen waren (sog. Sperrklausel). Nur wenn der Betroffene „sehenden Auges in den sicheren Tod“ geschickt worden wäre, wurde die Abschiebung aus verfassungsrechtlichen Gründen untersagt. Diese Sperrklausel soll nach dem Gesetzentwurf nun auch für den Abschiebungsschutz bei einer Gefahr für Leib oder Leben nach der Qualifikationsrichtlinie beibehalten werden. Das heißt die Personen können keinen individuellen Schutzanspruch einklagen, sondern sind auf Abschiebestopps der Bundesländer angewiesen. Die Länder haben in den letzten Jahren jedoch weder für den Irak noch für Afghanistan solche formellen Abschiebestopps erlassen. Der Schutz vor Abschiebung in bewaffnete Konflikte droht auf diese Weise leer zu laufen. (...)

Für ein eigenständiges Flüchtlingsgesetz

Das Gemeinschaftsrecht sieht mit der Qualifikationsrichtlinie eine umfassende Regelung der Voraussetzungen für die Flüchtlingsanerkennung oder den Abschiebungsschutz aus sonstigen menschenrechtlichen Gründen ... vor. Statt die Bestimmungen ins deutsche Recht zu übertragen, sieht der Gesetzentwurf nur einen knappen Verweis auf große Teile der Richtlinie vor ...

Zum Beispiel wurde in Deutschland bislang Flüchtlingsschutz in Anknüpfung an die Religion nur dann gewährt, wenn wegen der Religionsausübung im privaten Bereich Verfolgung droht. Nur das „religiöse Existenzminimum“ sei garantiert. Die Richtlinie hingegen geht weiter und erfasst auch die Religionsausübung im öffentlichen Bereich (Artikel 10). Diese Verbesserung soll dadurch ins deutsche Recht umgesetzt werden, dass auf den entsprechenden Artikel der Richtlinie verwiesen wird. Aus dem Wortlaut des deutschen Gesetzes selbst würde die neue Rechtslage jedoch nicht hervorgehen. Die Verbände kritisieren in ihrer Stellungnahme dies als „ungereimt“ und mit Gemeinschaftsrecht unvereinbar. „Richtlinien begründen unmittelbare Rechtspositionen für die Begünstigten und sind deswegen vollständig umzusetzen.“ Dies könnte am besten mit Einführung eines

eigenständigen Flüchtlingsgesetzes erfolgen.

Kein Ausschluss vom Rechtsschutz bei EU-Zuständigkeitsverfahren – Keine Zurückweisungshaft

Mit dem vorgelegten Änderungsgesetz sollen Rechtsfragen im Zusammenhang mit der sog. Dublin II-Verordnung der EU geklärt werden. Diese Verordnung regelt die Zuständigkeit der EU-Mitgliedstaaten für die Durchführung des Asylverfahrens. Jeder Asylsuchende darf nur in einem Mitgliedstaat ein Asylverfahren durchlaufen. Der Gesetzentwurf sieht nun vor, dass Asylsuchende, die aufgrund der Dublin II-Verordnung in einen anderen EU-Staat abgeschoben werden sollen, grundsätzlich keinen Eil-Rechtsschutz mehr erhalten sollen. Das heißt, dass Abschiebungen in andere EU-Staaten nicht verhindert werden können. Insbesondere im Hinblick auf unbegleitete minderjährige Kinder sowie Familienangehörige widerspricht es dem Sinn und Zweck der Dublin II-Verordnung, den Rechtsschutz de facto auszuschließen. Denn dies führt dazu, dass die entsprechenden Ansprüche, wie z.B. auf Familien Einheit, nicht durchgesetzt werden können.

Hinzu kommt, dass mit dem Gesetzentwurf die regelmäßige Inhaftierung von Asylsuchenden, die über andere EU-Mitgliedstaaten einreisen wollen, ermöglicht werden soll ... Diese geplante Zurückweisungshaft verletzt internationale Standards, nach denen Flüchtlinge während des Asylverfahrens generell nicht in Haft genommen werden sollen.

Garantien für Personen mit besonderen Schutzbedürfnissen

Im Gesetzentwurf werden keine Vorschläge zur Umsetzung der Aufnahme richtlinie gemacht, die Mindeststandards für Asylsuchende während ihres Verfahrens festlegt. Umsetzungsbedarf besteht insbesondere hinsichtlich der medizinischen Versorgung von Asylsuchenden und der spezifischen Betreuung besonders bedürftiger Personen.

In einer Reihe von EU-Richtlinien wird dem besonderen Schutzbedürfnis von Kindern durch spezifische, auf das Kindeswohl gerichtete Vorschriften Rechnung getragen. Diese Vorgabe ignoriert der Gesetzentwurf. Stattdessen soll eine Rechtsgrundlage für die Altersfeststellung durch körperliche Eingriffe, z.B. Röntgen der Handwurzelknochen, geschaffen werden ... Dies stellt einen gravierenden Eingriff in die körperliche Unversehrtheit der Betroffenen dar und ist aus wissenschaftlicher Sicht höchst umstritten.

Nicht berücksichtigt wird die Verpflichtung, dass Personen, die Folter, Vergewaltigung oder andere schwere Gewalttaten erlitten haben, im Be-

darfsfall die erforderliche medizinische und psychotherapeutische Behandlung erhalten. Mit dieser Pflicht steht insbesondere nicht in Einklang, dass Asylsuchende, die über den Luftweg einreisen, unter bestimmten Bedingungen im Flughafentransit festgehalten werden und dass dort ihr Asylverfahren durchgeführt wird. Gehören sie zu den besonders schutzbedürftigen Gruppen, muss aus dem Gemeinschaftsrecht ein Einreiseanspruch folgen.

(...)

Strafvorschriften bei Verstößen gegen die Residenzpflicht abschaffen

Mit der EU-Richtlinie zu den Aufnahmebedingungen für Asylbewerber ist es nicht vereinbar, einen Verstoß gegen die Residenzpflicht unter Strafe zu stellen. Asylbewerber dürfen in Deutschland nicht den Bezirk verlassen, in dem sie leben. Verstößen sie gegen diese Pflicht, drohen Geldstrafen oder eine Freiheitsstrafe von bis zu einem Jahr ... Gegen diese Strafvorschrift erheben die Verbände schwere gemeinschaftsrechtliche Bedenken. Bestehen gegen die Residenzpflicht ohnehin menschenrechtliche Bedenken, so ist die strafrechtliche Sanktionierung von Verstößen gegen die Residenzpflicht jedenfalls aufgrund des Europarechts nicht mehr zulässig.

Dem Ehegattennachzug darf keine Sprachprüfung vorausgehen

Das Ehegattennachzugsalter soll nach dem Gesetzentwurf auf 18 Jahre festgesetzt werden. Zudem müssen künftig Deutschkenntnisse schon vor Einreise erworben und nachgewiesen werden. Bislang gab es keine entsprechenden Einschränkungen für den Ehegattennachzug. Begründet wird diese Änderung damit, Zwangsehen verhindern zu wollen. Inwiefern im Ausland erworbene Deutschkenntnisse Zwangsehen verhindern können, ist nicht nachvollziehbar.

Die geforderten Sprachkenntnisse führen vielmehr dazu, dass für die meisten Betroffenen der Ehegattennachzug erst einmal versperrt wird. Denn nur in den wenigsten Herkunftsländern sind Deutschkurse ohne weiteres zugänglich. Zumeist werden entsprechende Sprachkurse nur in den Hauptstädten angeboten und sind für die Menschen, die nicht dort wohnen, praktisch nicht erreichbar. In der Stellungnahme kommen die Verbände zu dem Schluss: „Sollten diese Vorschriften Gesetzeskraft erlangen, ist nicht nur eine Gemeinschaftsrechtswidrigkeit der deutschen Vorschriften über den Ehegattennachzug zu besorgen, sondern dürften darüber hinaus in einer Vielzahl von Fällen verfassungswidrige Folgen eintreten.“

Quelle: <http://www.proasyl.de/> Dort findet sich auch eine gemeinsame Stellungnahme von Pro Asyl, DGB und Interkulturellem Rat



Hunderttausende demonstrierten zwischen dem 17. und 20.3. aus Anlass des 4. Jahrestages der Irak-Invasion für den sofortigen Abzug der Besatzungstruppen. Die zentrale Demonstration in Washington fiel mit einigen Zehntausend kleiner aus als erwartet; aber in anderen US-Städten wie Los Angeles (Bild: Indymedia), San Francisco, Chicago, New York ... demonstrierten ebenfalls etliche Zehntausend. Über 100 Demonstrationen fanden in Spanien statt, die größte mit 400.000 Teilnehmern in Madrid; auch in Istanbul, Athen, Nikosia, Prag, Budapest, in kanadischen Städten und in Melbourne forderten Tausende Menschen die Beendigung des Irak-Krieges. In den USA findet Bush für seine Kriegspolitik inzwischen nur noch bei 30% der Bevölkerung Zustimmung.

Pakistan verweigert Unterstützung für Angriff gegen Iran

Pakistan stellt seinen Luftraum für einen Angriff auf Iran nicht zur Verfügung. Das erklärte jetzt die Sprecherin des pakistanischen Außenministeriums: „Pakistan setzt sich gegen jegliche Gewaltaktionen gegen Iran ein und will keine neuen Konflikte in der Region.“ Die Befürchtungen, dass die USA Iran angreifen, um die Nuklearanlagen zu zerstören, sind in der ganzen Region weit verbreitet. (Quelle: Riu)

Großbritannien: Modernisierung der Trident-Atomflotte beschlossen

Trotz verbreiteter Ablehnung und massenhafter Proteste hat das britische Parlament mit großer Mehrheit die Modernisierung seiner Atomwaffen beschlossen (siehe auch PB 5/07). Allerdings verweigerten 95 Labour-Abgeordnete die Zustimmung, insgesamt stimmten 161 Abgeordnete mit Nein, 409 dafür. Zwei Minister traten aus Protest gegen die Entscheidung zurück. Nach Auffassung der Kritiker verstößt Großbritannien mit dem Aufrüstungsbeschluss gegen den Nichtverbreitungsvertrag, mit dem sich die Unterzeichner zur Abrüstung verpflichtet haben. Kurz vor der Parlamentsentscheidung wurde bekannt, dass bereits in diesem Jahr die Trident-Raketen modernisiert werden sollen. Es soll eine neue, 2005 bestellte Vorrichtung montiert werden, so dass die Anzahl möglicher Ziele deutlich erhöht werden kann. (Quelle: IPPNW)

Nuclear Free and Independent Pacific (NFIP) erinnert an Bikini

Am 1. März gedachte die Bewegung für einen unabhängigen und atomwaffenfreien Pazifik (NFIP) traditionell des amerikanischen Atombombentests „Bravo“ auf dem Bikini-Atoll. An diesem so genannten „Bikini Day“ erinnern Nichtregierungsorganisationen weltweit an die Auswirkungen von Atomtests auf Mensch und Umwelt. Anlässlich des 53. Jahrestages der Bravo-Bombe (1. März 1954) haben sich pazifische Gruppen zu einem gemeinsamen Protestbrief an die US-amerikanische Regierung entschlossen. Das Schreiben wurde von folgenden Atomtestveteranengruppen eingereicht: Moruroa e tattoo (Tahiti), Fiji Nuclear Test Veterans (Fidschi), von Aborigines aus der Wüste Maralinga sowie von Vereinigungen von Strahlenopfern aus Guam und den Marshall-Inseln. Die Gruppen fordern von den USA: – das militärische Budget statt für Waffen und Kriege für Friedensarbeit und Menschenrechte zu nutzen; – die Schließung der Ronald Reagan Station auf dem Kwajalein Atoll und die Entschädigung der Bevölkerung für die jahrelange Ausbeutung ihrer Umwelt; – die Auflösung der Waffen- und Raketenlager auf der Andersen Airbase (Guam) und auf Hawai'i; – den Plan, 8.000 Soldaten von Okinawa nach Guam zu verlegen, zu überdenken ... An die Regierungen von Australien, Neuseeland, England, Frankreich und weitere Staaten gewandt: – in militärischen Trainingslagern im Pazifik nicht nur die Technologie der Kriegsführung zu unterrichten, sondern die Soldaten auch auf die Einhaltung der Menschenrechte hinzuweisen; – den Nutzen militärischer Trainingseinheiten im Pazifik zu überdenken; – den „South Pacific Nuclear Free Zone Treaty“ zu unterzeichnen und darauf hinzuwirken, dass auch die Marshall-Inseln, Palau und Mikronesien den Vertrag ratifizieren.

Die USA hatten zwischen 1940 und 1950 insgesamt 67 Atomtests auf den Atollen, Bikini, Enewetak, Rongelap und Utrik unternommen. Die Inselbewohner waren zum Teil erst nach den Tests evakuiert worden. Sie wurden radioaktiv verstrahlt. Bis in die Gegenwart leiden Atomtestveteranen und ihre Angehörigen an den Spätfolgen der Tests, vor allem an Schilddrüsenkrebs und Blutkrebs. Die USA hatten 1986 einen Fonds (Nuclear Claims Tribunal Trust Fund) gegründet, aus dem heraus die Atomtestopfer finanziell entschädigt werden sollen.

In Aufsehen erregenden Prozessen sind den Bewohnern der Atolle immer wieder große Summen Geldes versprochen worden. In der Realität konnten die Gelder jedoch fast nie oder nur in ganz geringen Summen ausgezahlt werden, da die Mittel des Fonds schon lan-

ge erschöpft sind. Angeblich verfügt der Fonds nur noch über Mittel in Höhe von einer Million US-Dollar.

Mitte Dezember 2006 wurden z.B. den ehemaligen Bewohnern von Utrik 307 Millionen US-Dollar Kompensationszahlungen zugesprochen. Das Geld soll einer Gruppe von Menschen zukommen, die in den 1950er Jahren vom nuklearen Fallout amerikanischer Wasserstoffbomben betroffen waren. Bill Graham, der Anwalt des „Marshall Islands Nuclear Claims Tribunal“ vermutet, dass die Menschen keinen Cent der zugesprochenen Summe erhalten werden.

Angeblich könnte der Fonds jedoch durch Zahlungen Taiwans wieder aufgefüllt werden. Die Marshall-Inseln gehören zu den sechs Staaten im Pazifik, die Taiwan als eigenen Staat anerkannt haben. Dafür zeigt sich die Regierung in Taipeh erkenntlich, so wurden bereits im vergangenen Jahr 2,5 Millionen US-Dollar von Taiwan in den Fonds eingezahlt. Weitere knapp 40 Millionen Dollar sollen in den nächsten 15 Jahren folgen. Julia Ratzmann, pazifik aktuell Nr.69 / Februar 2007 / Karl-Helmut Lechner – (NFIP Pressemitteilung 28.2.07, Flash d'Océanie 1.3.07, Pacific Beat 19.1200; <http://www.pccr.org.fj/index.cfm>)

Indiens „Roter Korridor“

Der Angriff von rund 500 maoistischen Rebellen auf ein Polizei-Camp Mitte März, bei dem über 50 Polizisten getötet wurden, richtet die Aufmerksamkeit auf den indischen Bundesstaat Chhattisgarh. Hier kämpfen inzwischen über 40 Gruppen und Parteien – die unter dem Sammelbegriff Naxaliten bekannt geworden sind – bewaffnet für eine Landreform und Autonomie. Die beiden größten Gruppierungen haben sich vor zwei Jahren zur Communist Party (Maoist) zusammengeschlossen. Es ist ihnen gelungen, im dünn besiedelten und dicht bewaldeten Grenzgebiet von Chhattisgarh, Andhra Pradesh und Maharashtra eine befreite Zone im Herzen Indiens zu schaffen. Sie sollen unter dem Namen Dandakaranya der Kreuzungspunkt von zwei Korridoren werden, von dem aus der Aufstand ähnlich wie in Nepal allmählich auf das ganze Land ausgedehnt werden soll.

Der Süden des Gliedstaates Chhattisgarh ist eine verarmte Region. Die Gewinne aus den Schürfrechten über die reichen Rohstofflager fließen nicht in die Gebiete zurück. Die Bevölkerung ist überwiegend landlos und leidet unter den mächtigen Großgrundbesitzern.

Eine staatliche gegründete Miliz machte sich durch ihre Brutalität gegenüber der Bevölkerung schnell verhasst. Über 45.000 Menschen wurden vertrieben und leben derzeit in 13 großen Flüchtlingslagern. (Quelle: NZZ)

Zusammenstellung: scc

11.000 protestieren gegen Giftmüll-Tourismus. DÜSSELDORF. Mehr als 11.000 Unterschriften gegen die geplante Verbrennung von australischem Giftmüll wurden am 15.3.2007 dem nordrhein-westfälischen Umweltminister Eckhard Uhlenberg übergeben. An der Aktion beteiligen sich u.a. der Landesverband des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), die Grünen in Herthen und Leverkusen, die Coordination gegen BAYER-Gefahren, die Initiative Pro-Herten, die Dormagener Agenda 21-Gruppe sowie die evangelische Kirche in Herthen. Ein Memorandum der beteiligten Gruppen legt dar, dass australische Firmen technisch selbst in der Lage sind, den weltweit geächteten Stoff Hexachlorbenzol (HCB) zu vernichten. In einem Begleitschreiben an Minister Uhlenberg fordern



die Umweltschützer, die Genehmigung für die Verbrennung von australischem Giftmüll in NRW zu versagen, alle Emissionen von Müllverbrennungsanlagen, auch der zu deponierenden Filterkuchen, zeitnah zu veröffentlichen, sämtliche Müllimporte nach NRW nach Menge, Herkunft und stofflicher Zusammensetzung offen zu legen und den Giftmüll-Tourismus nach NRW zu unterbinden.

Zwei Wochen zuvor, am 3.3.2007, demonstrierten zwischen 400 und 500 Menschen in Brunsbüttel gegen den geplanten Transport von 22.000 Tonnen Giftmüll nach Brunsbüttel. SPD und CDU hatten allerdings in der vorangegangenen Ratsversammlung eine Resolution abgelehnt, die sich gegen den Transport des Abfalls ausspricht und vor unkalkulierbaren Risiken für die Region warnt. www.cbgnetwork.org

Gericht: Berufsverbot Unrecht

MANNHEIM. In seinem Urteil vom 14.3.2007 hat der Verwaltungsgerichtshof (VGH) in Mannheim das vom Kultusministerium Baden-Württemberg verhängte Berufsverbot gegen den Real- und Schullehrer Michael Csaszakóczy für unzulässig erklärt und die Behörde zu einer neuen Entscheidung verpflichtet. Damit ist dem Versuch, die Praxis der Berufsverbote als politisches Repressionsinstrument gegen Linke wieder zu beleben, eine klare juristische Absage durch das höchste Gericht Baden-Württembergs erteilt worden. Nachdem sich schon in der mündlichen Verhandlung die Unhaltbarkeit zahlreicher frei erfundener Vorwürfe gegen den Heidelberger Antifaschisten gezeigt hatte, betont die aktuelle Presseerklärung des VGH, „die dem Kläger vorgehaltene ‚Sündenliste‘ mit zahlreichen Einzelvorfällen sei nicht geeignet, die Annahme mangelnder Verfassungstreue zu rechtfertigen“.

Aufgrund der Rechtslage kann das Gericht das Ministerium zwar nicht zur Einstellung verpflichten, wie es halbbedauernd in seiner Veröffentlichung feststellt, sondern kann nur die Berücksichtigung positiver Aspekte anmahnen. Dennoch ist ein erneutes Berufsverbot durch die Behörde, die die Einstellung nun neu beurteilen muss, nicht denkbar. (...) Ebenso richtet sich das Urteil gegen die Bespitzelungsarbeit des Verfassungsschutzes, der das Berufsverbot aufgrund seiner in über zehnjähriger Überwachung gewonnenen „Erkenntnisse“ initiiert hatte: die Ergebnisse dieser „Arbeit“ werden von den Richtern als irrelevant für die Beurteilung des Lehranwärterbewerbers eingestuft. (...) Die Rote Hilfe fordert die sofortige Übernahme Michael Csaszakóczy in den Schuldienst sowie die umfassende Rehabilitierung aller früheren Berufsverbotsopfer.

Mathias Krause für den Bundesvorstand der Roten Hilfe e. V.

www.rote-hilfe.de

NRW muss Fördergelder für Friedensprojekt auszahlen

DÜSSELDORF. Nach einer jetzt rechtskräftig gewordenen Entscheidung vor dem Düsseldorfer Verwaltungsgericht muss das Land NRW 30.000 Euro Fördergelder für ein durchgeführtes Friedensprojekt „Friedliche Konfliktbearbeitung und BürgerInnenbeteiligung“ des Siegener „Zentrums für Friedenskultur (ZfK)“ jetzt auszahlen. Das von den Grünen seinerzeit geführte Umweltministerium hatte zwar einen Zuschussbescheid erteilt, aber die Gelder zurückgehalten, nachdem der damalige verteidigungspolitische Sprecher der CDU-Bundestagsfraktion, Paul Breuer (jetzt Landrat in Siegen), gefordert hatte, den ZfK-Geschäftsführers, Bernhard Nolz, Gesamtschullehrer und einer der beiden Sprecher der „Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden“, zu maßregeln und dem ZfK den „Geldhahn“ zuzudrehen. B. Nolz hatte eine Woche nach dem terroristischen Anschlag vom 11.9.01 vor 3.000 Schülern in einer Rede auf dem Schlossplatz in Siegen zum Frieden in der Welt und zur Verständigung der Kulturen aufgerufen und von den Politikern, gefordert, nicht Terror mit Krieg zu beantworten. Erst wurde B. Nolz von der rot-grünen Landesregierung suspendiert, dann an eine andere Schule strafversetzt. Dem ZfK wurden die Fördergelder vorenthalten. Horst Bethge (Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden) kommentiert: „Dies ist ein später Sieg für die Meinungsäußerungsfreiheit, der alle ermutigen sollte, sich auch in aufgeheizten Situationen nicht alles gefallen zu lassen.“ [mail: info@zfk-siegen.net](mailto:info@zfk-siegen.net)

Viele Veranstaltungen bei der Internationalen Woche gegen Rassismus

BERLIN. Mehr Menschen und Initiativen als jemals zuvor beteiligen sich an der Internationalen Woche gegen Rassismus. Darauf weisen Gesicht Zeigen! und der

Interkulturelle Rat zu Beginn der Aktionswoche hin, die vom 17. bis 25. März 2007 stattfindet. Die bundesweit fast 500 geplanten Aktionen machen deutlich, dass viele Menschen vor Ort nicht gewillt sind, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit ohne Widerspruch hinzunehmen. Die Politik sei aufgefordert, durch die Bereitstellung ausreichender Finanzmittel das zivilgesellschaftliche Engagement gegen Rassismus dauerhaft zu unterstützen, alles zu unterlassen, was die rechtliche und soziale Situation von Flüchtlingen und Migranten weiter verschlechtert und die Integrationshindernisse anzusprechen, die von der sogenannten Mehrheitsgesellschaft ausgehen. www.interkultureller-rat.de

Petition für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution

ERFURT. Die Terre des Femmes – Städtegruppe Jena reichte anlässlich des Internationalen Frauentages am 8. März 2007 eine Massenpetition in den Thüringer Landtag ein, die eine Verbesserung des in Thüringen bisher erst schwach entwickelten Opferschutzes, der Betreuungsmöglichkeiten für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution sowie eine opferzentrierte Arbeit der Thüringischen Polizei fordert.

In den vergangenen Wochen hat die Terre des Femmes – Städtegruppe Jena mehr als 400 Unterschriften von Thüringer Bürgerinnen und Bürgern gesammelt, die diese Forderung unterstützen.

www.frauenrechte.de

„Wandertag zum Landtag“ am 11. Mai 2007

HANNOVER. Gegen den Ausbildungsplatzmangel und die Jugendarbeitslosigkeit organisiert die GEW zusammen mit dem DGB am Freitag, den 11. Mai 2007 ab 11.30 Uhr mit der Forderung: „Ausbildungsplätze jetzt“ einen „Wandertag zum Landtag“ in Hannover. An diesem

Teilerfolg erkämpft: Abschiebung afghanischer Familien ausgesetzt.

HAMBURG. Am 13. März entschied die Innenbehörde, die Abschiebung afghanischer Familien nach Afghanistan für mindestens ein Jahr auszusetzen. Damit ist die akute Abschiebungsgefahr für Hunderte von Menschen, überwiegend Kinder und Jugendliche, zumindest für eine Zeitlang aufgehoben. Die zahlreichen engagierten Proteste Hamburger Bürgerinnen und Bürger – vor allem die Menschenkette von Schülerinnen und Schülern um die Binnenalster und die große Unterstützung für den vom Hamburger Bundestagsabgeordneten der Linken Norman Paech mitinitiierten „Hamburger Appell“, den binnen Kurzem weit mehr als 1.000 Personen und Organisationen unterschrieben hatten – haben Wirkung gezeigt und einen Teilerfolg erzielt. Norman Paech wies aber auch darauf hin, dass das Ziel der Proteste noch nicht erreicht wurde: „Die Entscheidung der Innenbehörde ist halbherzig und bedeutet nur einen kleinen Schritt auf dem Weg zu einer akzeptablen Flüchtlingspolitik. Grundsätzlich darf kein Mensch, egal welchen Alters und egal welcher Herkunft, in ein Gebiet abgeschoben werden, in dem die Menschenrechte nicht gewährleistet sind. Bis der Senat dieses Prinzip wirklich beherzigt, werden wir nicht locker lassen.“ scc



Tag gedenkt das Landesparlament in einer Festsitzung des 60. Jahrestages der konstituierenden Sitzung des Landtages. Während also im Parlament auf 60 Jahre demokratische Entwicklung zurückgeblickt wird, fordern die Jugendlichen vor dem Parlament ihre berufliche und persönliche Zukunft ein. Denn die Ausbildungsplatzmisere befördert immer mehr Jugendliche in ein Übergangssystem, in dem sie keine qualifizierte Berufsausbildung, sondern unterschiedliche Maßnahmen der Berufsvorbereitung vermittelt bekommen. DGB und GEW laden daher die Jugendlichen mit ihren Lehrkräften aus den 8., 9. und 10. Klassen, in denen der Verdrängungswettbewerb auf dem Lehrstellenmarkt katastrophale Folgen hat, aber auch die Jugendlichen aus den „Warteschleifen“ der Berufsbildenden Schulen zu diesem „Wandertag zum Landtag“ herzlich ein.

www.gew-nds.de

ver.di begrüßt Urteil des Sozialgerichts zu Mietkosten

MANNHEIM. ver.di Rhein-Neckar begrüßt das Urteil des Mannheimer Sozialgerichts vom 15. März 2007, nach dem der Rhein-Neckar-Kreis verurteilt wurde, einer arbeitslosen Hartz IV-Empfängerin aus Schriesheim die komplette Miete für ihre neue Wohnung zu bezahlen. Die Tatsache, dass der Kreis unmittelbar nach dem Urteil seine bisherige Verweigerungshaltung aufgegeben habe, werte Bernd Harth von ver.di als ein Zeichen von schlechtem Gewissen. Die positive Entscheidung des Bundessozialgerichts in dieser Sache, auf der das Urteil des Mannheimer Richters basierte, existiere schließlich schon seit einiger Zeit. Offensichtlich hatte nur der starke öffentliche Druck in der vergangenen Woche den Rhein-Neckar-Kreis zum raschen Umdenken bewegt. Bernd Harth von ver.di Rhein-Neckar weiß dazu zu berichten, dass in den zurückliegenden Wochen und Monaten eine wahre Flucht von Lang-

zeitarbeitslosen aus dem Rhein-Neckar-Kreis nach Mannheim stattgefunden hat. Das zumindest sagen Statistiken aus dem Job-Center in Mannheim aus. Nach Harths Angaben liegen die Ursachen für diese Entwicklungen auf der Hand. „Es fällt zwar schwer, sich aus seinem sozialen Umfeld einfach zu verabschieden, aber wenn man als Langzeitarbeitsloser von Behörden so behandelt wird, hat man keine andere Wahl“, sagt Harth. „Leider gibt es noch zu wenig Leute, die sich dagegen wehren, obwohl wir in unserem Rechtsschutz schon einige solcher Fälle haben. Die meisten Betroffenen scheuen aber offenbar den Weg an die Öffentlichkeit, weil sie weitergehendere Diskriminierungen befürchten. In einem Rechtsstaat darf so etwas nicht passieren, ist der Kommentar von ver.di Rhein-Neckar.“

<http://rhein-neckar.verdi.de>

Urteil zum durchgestrichenen Hakenkreuz bleibt nur ein Teilerfolg

Der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes ist am 15.3.2007 zu dem Urteil gekommen, dass Hakenkreuzsymbole, wenn sie sich eindeutig gegen den Faschismus positionieren, nicht unter Strafe gestellt werden. Dazu erklärt der betroffene Nix Gut Versand: „Das Verfahren stellt nur ein exemplarisches Beispiel über den Umgang mit Antifaschisten in

Nix Gut Versand • Postfach 3 • 71395
Leutenbach • Tel. 07195/5874-11

Baden-Württemberg dar. Da nicht jeder Betroffene die Energie oder die finanziellen Mittel hat, um sein (Un-)Recht bis zum BGH durchzukämpfen, ist der Weg für uns leider hier noch nicht zu Ende. Da wir, wie viele andere Betroffene oder Beobachter, das eigentliche Problem in der Justiz von Baden-Württemberg sehen, können wir das heutige Urteil nur als Teilerfolg werten. In wenigen Wochen erscheint in Zusammenarbeit mit der IG Metall eine sehr ausführliche Informations-DVD mit Interviews, komplettem

Verfahrensarchiv, Medienecho, Solidaritäts- und Protestbekundungen... Diese DVD wird zum Selbstkostenpreis verteilt.“ <http://dagegen-bleiben.de>

Resolution gegen Rechtsextremismus beschlossen

GÖTTINGEN. Der Text folgt einer Anregung des DGB Niedersachsen, der im Dezember 2006 alle Fraktionen aller Kommunalparlamente deswegen anscrieb. Auf Initiative der Gö LINKE-Ratsfraktion wurde in Göttingen unter Beteiligung aller Fraktionen ein interfraktioneller Antrag formuliert. Dem Entwurf des DGB wurden nur wenige Punkte hinzugefügt: So z.B., den Artikel 139 GG endlich konsequent umzusetzen und damit das Verbot von Nazi-Organisationen ernst zu nehmen. Ferner wurde dem gegenwärtig festzustellenden „Islam-Bashing“ (General-Verdacht gegen Muslime) eine Abfuhr erteilt. Alle Institutionen werden aufgefordert, sich dem Antisemitismus, Antimuslimismus und Rassismus entschieden und gewaltfrei entgegen zu stellen.

www.linkspartei-göttingen.de

Großdemo am 25.3. gegen EU-Gipfel in Berlin!

BERLIN. Am 24./25.3. findet in Berlin der „informelle EU-Gipfel“ anlässlich des 50. Jahrestags der Römischen Verträge statt. Ein breites Bündnis unterschiedlicher Gruppen und Organisationen der Linken – aus den Gewerkschaften, der Friedensbewegung, der globalisierungskritischen Linken, den sozialen Bewegungen und der radikalen Linken – rufen zum Protest auf. Unter anderem wird es einen Internationalistischen Block und einen Antikolonialen/Antikapitalistischen Block geben, Flüchtlingsinitiativen rufen zur Beteiligung auf sowie Gruppen aus den Anti-Atom-Zusammenhängen. Weitere Informationen:

<http://www.anti-eu.info/>

Demonstration „Hände weg von der ‚Reform‘ der Gemeindeordnung!“

Am 7. März demonstrierten in Düsseldorf mehr als 20.000 Teilnehmer gegen die Pläne der Landesregierung, die Gemeindeordnung zu Lasten der kommunalen Unternehmen zu verändern. Aufgerufen hatten die Gewerkschaft ver.di sowie eine Reihe von öffentlichen Betrieben.

DGB-Bezirksvorsitzender Guntram Schneider erklärte auf einer Auftaktkundgebung, dass die beabsichtigte Neufassung des § 107 der Gemeindeordnung eine Reglementierung der Kommunalwirtschaft vorsieht, die zu einer realen Gefährdung, insbesondere auch der Stadtwerke und der kommunalen Wohnungsgesellschaften, führen wird. „Mittelfristig ist die beabsichtigte Gesetzgebung das Ende kommunaler Wirtschaftsbetriebe und ist deshalb eine Abkehr vom besonders in Nordrhein-Westfalen gepflegtem Nebeneinander zwischen privatwirtschaftlich or-

ganisierten Unternehmen, kommunalen Unternehmen und Genossenschaften“, sagte der DGB-Vorsitzende. Schneider weiter: „Wenn FDP-Papke davon spricht, dass ‚Staatwirtschaftliche Strukturen der Kommunen und Stadtwerke wie eine Krake über das ganze Land ausgebreitet sind‘, verwechselt dieser Liberale offensichtlich die Verhältnisse der DDR mit denen in NRW.“ Neben der Landesleiterin der Gewerkschaft ver.di, Gabi Schmidt, und den Fraktionsvorsitzenden im Landtag von SPD und Bündnis 90/Die GRÜNEN, hielt der Landessprecher der WASG NRW, Wolfgang Zimmermann, ein Grußwort.

„Wir dürfen nicht zulassen, dass die Landesregierung die Grundlagen unserer öffentlichen Einrichtungen und Betriebe zerstört. Die schwarz-gelben Reformpläne führen zu einem Ausverkauf öffentlicher Betriebe. Krankenhäuser,

Verkehrs- und Energiebetriebe und andere öffentliche Betriebe und Einrichtungen sind Eigentum der Bürgerinnen und Bürger. Sie gehören nicht in die Hände profitorientierter Aktiengesellschaften“, stellte Wolfgang Zimmermann klar. „Parallel zu diesen Plänen wollen Rüttgers, Wolf und Co. die Mitbestimmung in den Betrieben beseitigen. Wenn die Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes so durch das Landesparlament gepeitscht wird, wie es in der Kabinettsvorlage geschrieben steht, dann sind die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Willkür der Arbeitgeber hilflos ausgeliefert. Das müssen wir verhindern“, betonte Zimmermann.

Auch die Kölner Bundestagsabgeordnete Ulla Lötzer erklärte ihre Solidarität mit der Demonstration: „Das hat zur Folge, dass die Änderung der Gemeindeordnung NRW zugleich die

Christina Emmrich beim 3. Diskussionsforum der Fraktion Die Linke.Köln

Berlin-Lichtenberg: Bürgerhaushalt im zweiten Jahr erfolgreich

Der Bezirk Berlin-Lichtenberg hat im Jahr 2007 den ersten Haushalt mit Bürgerbeteiligung, die Vorbereitungen für den Bürgerhaushalt 2008 laufen. Beim 3. Diskussionsforum der Fraktion Die Linke.Köln am 7. März im Rathaus erläuterte die Bürgermeisterin des Bezirks Lichtenberg Christina Emmrich, Die Linke.PDS, anschaulich, wie die Beteiligung der Bürger stattfindet.

Emmrich nannte zwei wichtige Voraussetzungen dafür, dass die Einwohnerinnen und Einwohner des Bezirks tatsächlich mitwirken können: Erstens müssen sich die Politiker weitgehend einig sein und zweitens muss die Verwaltung das Vorhaben unterstützen.

In Lichtenberg können die Bürger den Teil des Haushalts beeinflussen, der die freiwilligen Aufgaben umfasst. Das sind im Bezirk 30,6 Millionen Euro von einem Gesamtetat von 515 Millionen. Von diesem Gesamtetat sind fast drei Viertel für soziale Transferleistungen bestimmt, können also nicht in das Beteiligungsverfahren eingebracht werden.

In Bürgerversammlungen, über das Internet und in Miniversammlungen können die Bewohner Vorschläge für die Kultureinrichtungen, die Musikschule, die VHS, die Sportförderung, die Seniorenprogramme, die Jugend- und Gesundheitsförderung, die Grünflächenpflege und die Wirtschaftsförderung machen. Die Vorschläge können sowohl das Angebot selbst wie auch die Qualität vorhandener Angebote betreffen.

Alle Vorschläge werden von der Verwaltung erfasst und am Ende der Vor-

schlagsphase in Bürgerversammlungen und im Internet beraten. Dort können alle Beteiligten Punkte vergeben – jeder hat fünf Punkte, die er auf die Vorschläge verteilen kann. Die Bürgerversammlungen und die Internetbenutzer wählen jeweils zwei Personen als Vertrauensleute. Sie sind Mitglied des Redaktionsteams, das die Vorschläge aus allen Versammlungen und aus dem Internet prüft und ordnet. Nach dieser Gewichtung werden die Vorschläge in den

Haushaltsplan eingearbeitet, der von der Bezirksverordnetenversammlung beschlossen und vom Berliner Abgeordnetenhaus bestätigt werden muss.

An diesem Verfahren haben sich im vergangenen Jahr 4000 Bürgerinnen und Bürger beteiligt, im Bezirk leben ca. 250.000 Menschen. Die wichtigste Bedingung für die Beteiligung ist eine langfristige und gute Vorbereitung und die Auswertung der Vorbereitung. In Lichtenberg hat es vor der eigentlichen

Stand des Bürgerhaushalts in Köln

Am 20. Juli 2004 hat der Rat die Verwaltung beauftragt, bis zum Jahresende 2004 ein öffentliches Symposium „Kommunaler Bürgerhaushalt für Köln“ durchzuführen. Das Symposium fand dann mit einiger Verspätung am 7. September 2006 statt. Im Rat herrscht Einigkeit darüber, dass ein Beteiligungshaushalt in Köln erst nach der Umstellung des Haushalts von der Kameralistik auf das neue kommunale Finanzmanagement durchgeführt werden soll, d.h. erstmals mit dem Haushalt 2009 wirksam werden soll. Das Beteiligungsverfahren müsste also im Jahr 2008 beginnen.

In der Folge des Symposiums wurde ein Beirat Bürgerhaushalt gebildet, dem folgende Institutionen angehören: Vertreter und Vertreterinnen der Verwaltung und der Kämmererei, der Handwerkskammer, der IHK, der Köln Agenda, des Arbeitskreises Frauenvereinigungen/Frauenforum, des DGB und des

AK Bürgerbeteiligung, Netzwerk Bürgergesellschaftliches Engagement.

Als nächster Schritt ist eine Umfrage zum Bürgerhaushalt in 20.000 Haushalten in Köln geplant. Im Beirat besteht Einigkeit darüber, dass eine Grundlage für eine erfolgreiche Bürgerbeteiligung eine verständliche Darstellung des Gesamthaushaltes sein muss. Nicht entschieden ist bislang, wie die Beteiligung aussehen kann und sollte, welche Teile des Haushalts in das Beteiligungsverfahren einbezogen werden sollen, ob der gesamte Haushalt transparent dargestellt werden soll, wie die öffentliche Werbung für den Bürgerhaushalt stattfinden soll, ob der Haushalt bis auf die Stadtbezirksebene dargestellt werden soll und werden kann ... Viele offene Fragen also, die eigentlich schnell geklärt werden müssen, wenn bereits im Jahr 2008 mit der Beteiligung begonnen werden soll.

uld

Berichte aus: Lokalberichte Köln, 6/2007

Handlungs- und Entscheidungsfreiheit der Kommunen in NRW drastisch einschränken will. So sieht die neue Gemeindeordnung vor, dass kommunale Unternehmen zu „Schrumpfunternehmen“ werden und auch ihre öffentlichen Aufgaben für den Wettbewerb von Privatunternehmen geopfert werden“, so Ulla Lötzer. *jöd*



Beteiligungsphase im Jahr 2006 ca. ein Jahr Erläuterungen in den Medien und in Versammlungen gegeben.

Der Bezirk selbst wurde in fünf Mittelebenen aufgeteilt, die in den letzten beiden Jahren die untere Beteiligungsebene bildeten. Im kommenden Jahr sollen die Bürgerversammlungen und Beteiligungsverfahren in den 13 Stadtteilen stattfinden.

An den letzten beiden Bürgerhaushalten haben sich im Großen und Ganzen alle gesellschaftlichen Gruppen im Bezirk beteiligt, die einzige Gruppe, die unterrepräsentiert war, waren Familien mit Kindern. Im Augenblick sind alle Einwohnerinnen und Einwohner über 14 berechtigt teilzunehmen. Für das kommende Jahr sollen auch Kinder mitwirken können – sie erhalten dieselbe Punktzahl wie die anderen Berechtigten, so dass z.B. eine Familie mit zwei Kindern, die an der Bürgerversammlung teilnimmt, insgesamt 20 Punkte vergeben kann. Neben der Möglichkeit, an Bürgerversammlungen oder über das Internet mitzuwirken, werden sogenannte Miniversammlungen durchgeführt, z.B. mit Alleinerziehenden oder Migrantengruppen. Die Vorschläge dieser Miniversammlungen fließen in die Gesamtvorschläge ein.

Im ganzen Beteiligungsverfahren gilt: Alle, die Vorschläge unterbreitet haben, wissen, was mit ihren Vorschlägen passiert und in welchem Stadium das Verfahren ist. Ohne Transparenz und Information ist das ganze Verfahren zum Scheitern verurteilt. Inzwischen ist aber eins klar: Von der Abschaffung des Bürgerhaushalts redet in Berlin-Lichtenberg niemand mehr. *uld*

Geld für Aufsuchende Gesundheitsberatung: BOCHUM. Bei den Beratungen des Sozialausschusses über den Haushalt im Bereich Soziales und Gesundheit haben die Ratsfraktion „Die Linke. PDS“ und die Koalition beantragt, die Kürzungen bei den Selbsthilfegruppen zurückzunehmen, was einstimmig beschlossen wurde. Besonders begrüßt hat Ernst Lange, dass das Frauengesundheitszentrum für sein Projekt „Aufsuchende Gesundheitsberatung“ 30.000 Euro erhält. Migrantinnen, sozial benachteiligte und alte Frauen finden häufig nur schlecht Zugang zur Gesundheitsversorgung. Sprachschwierigkeiten, fehlende Mobilität, Unkenntnis oder auch Scham können Frauen davon abhalten, sich gesundheitsbewusst zu verhalten, sich beraten oder sogar behandeln zu lassen. Was liegt da näher, als diese Frauen dort aufzusuchen, wo sie sind? Das dachte sich auch das Bochumer Frauengesundheitszentrum (FGZ) und entwickelte mit Unterstützung der Agenda 21 ein Konzept für eine aufsuchende Gesundheitsberatung für Frauen. Der bereits in anderen Kommunen erfolgreich verfolgte Ansatz von Information und Prävention soll nun auch in Bochum verankert werden.

www.pds-ratsfraktion-bochum.de

Kein Verkauf der Altenpflegeheime: HANNOVER. Das LINKSBÜNDNIS in der Regionsversammlung Hannover kritisiert scharf den Verkauf der Altenpflegeheime in Burgdorf, Laatzen und Springe-Altenhagen an ein privates Unternehmen: „Zum einen ist der Erlös deutlich geringer ausgefallen als erhofft – zum anderen wurde nicht ernsthaft versucht, das Defizit der Altenpflegeheime zu verringern“, sagt Jörn-Jan Leidecker, sozialpolitischer Sprecher des LINKSBÜNDNISSES. Mit diesem Defizit begründen die anderen Parteien den Verkauf. Er erinnert daran, dass Pflegeheime normalerweise zu 98 Prozent ausgelastet sind, die Regionsheime dagegen nur knapp 92 Prozent erreichen. „Jedes leere Bett kostet viel Geld.“ Die Beschäftigten und die alten Menschen müssen nach Auffassung des LINKSBÜNDNISSES die Zeche für den Verkauf zahlen. Auch die Gewerkschaft ver.di befürchtet, dass gering qualifiziertes und unter Tarif entlohntes Personal qualifizierte Mitarbeiter ab 2011 ersetzen wird. Bis dahin sind deren Jobs und die Bezahlung trotz eines privaten Arbeitgebers per Vertrag gesichert.

www.sozialisten.de/politik/kommunal

Lohn unverzüglich auszahlen! STUTTGART. Stadträtin Ulrike Küstler von Die Linke.PDS stellte im Gemeinderat folgenden Antrag: „Die Verantwort-

lichen der Stadt Stuttgart, insbesondere der Erste Bürgermeister und Kämmerer und die Gemeinderatsvertreter/-innen im Aufsichtsrat, sorgen dafür, dass die rumänischen Arbeiter auf einer SWSG-Baustelle unverzüglich den ihnen zustehenden Lohn bekommen.“ Auf einer Baustelle der städtischen Wohnungsgesellschaft SWSG wurden durch einen rumänischen Subunternehmer nicht nur die Vorschriften für Werkvertragsbeschäftigte deutlich unterlaufen (statt 12,40 Euro/Std. wurden nur 1.100 Euro Monatslohn für eine 55 Stunden/Woche, d.h. ca. 5 Euro Stundenlohn ausbezahlt), sondern der Lohn der letzten Monate bzw. der Überstunden wurde einbehalten und der Subunternehmer hat sich abgesetzt. Richtig ist es, diesen kriminellen Vorgang zu verfolgen. Ausbaden dürfen das aber nicht die betrogenen Arbeiter. Immerhin hat die Stadtverwaltung den geprellten Arbeitern eine Unterkunft zur Verfügung gestellt. Das ist anzuerkennen. Es bleibt aber, dass die Baufirma wissen musste, dass die Gewerke in der abgerechneten Zeit nicht ausgeführt werden konnten. Der SWSG und der Stadt musste nach den bisherigen Vorgängen auch klar bekannt sein, dass die Preisgebote der Baufirma nicht auf der Grundlage des gesetzlichen Lohns beruhen können. Insofern sind die Baufirma, die SWSG und die Stadtverwaltung vielleicht nicht rechtlich, wohl aber moralisch für die Zustände und auch die Auswüchse auf ihren Baustellen verantwortlich. Daher sollte die SWSG als Bauherrin den Lohn für die Arbeiter auszahlen, und die Verantwortlichen der Stadt und des Gemeinderats sollten das herbeiführen.

www.stuttgart.de/pds

Demo gegen Mietkürzungen und für höhere Heizkosten: BREMEN. Die BAGIS und die Sozialbehörde in Bremen haben sich bisher nicht bewegt, die Mietobergrenzen in Bremen für EmpfängerInnen von ALG II und Sozialhilfe anzuheben. Dabei sind die Fakten eindeutig. Mehr als 6500 Haushalte im ALG II Bezug haben bis Oktober 2006 die Aufforderung erhalten, sich bis Sommer 2007 eine neue Wohnung zu suchen. Weitere 6000 Kürzungsbriefe sind bereits unterwegs. Für sie stehen maximal 1000 Wohnungen zur Verfügung, die den jetzigen Obergrenzen entsprechen. Das heißt: Mehr als 5000 Haushalte müssen ab Juli 2007 mit erheblichen Kürzungen ihrer Leistungen rechnen. Wir fordern daher: Anerkennung der tatsächlichen Mietkosten durch die BAGIS – Anhebung der Heizkostenobergrenze auf 1,40 EUR qm!

www.tacheles.de

(Zusammenstellung: ulj)



Wegen Gesundheitsreform und Rente mit 67:

Personalversammlungen auf der Straße

HANNOVER. Anlässlich des „Tags der offenen Tür“ im niedersächsischen Landtag protestierten am 24.2. 07 in Hannover 3.000 Mitglieder von ver.di, IGM und DGB gegen die Pläne der Bundesregierung zur Gesundheits„reform“ und vor allem gegen die „Rente mit 67“.

Am 6. März 2007 versammelten sich erneut ca. 3.500 Beschäftigte der städtischen Betriebe und verlegten ihre Personalversammlungen auf die Straße. Darunter die Stadtverwaltung Hannover, der Abfallwirtschaftsbetrieb, das Job-Center, Bürgerämter, Zulassungs- und Führerscheinstelle, Ausländeramt, Standesamt, Fundbüro, Gewerbe- und Gaststättenangelegenheiten, Bäder, Verkehrsbetriebe Üstra, regionale Krankenhäuser. Der Verkehr wurde durch 250 Müllfahrzeuge stark behindert.

Die Ausführungen des ver.di-Vorsitzenden Bsirke gegen die Verlängerung Lebensarbeitszeit, der Kritik an der Steuerpolitik und der Forderung nach einer Bürgerversicherung und Mindestlohn wurden mit viel Beifall bekräftigt.

Die Hetze in der „Hannoverschen Allgemeine Zeitung“ gegen diese Art des Protestes war entsprechend. Tenor: „Die Stadtverwaltung soll Dienstleister für den Bürger sein, der sie mit seinem Steuergeld bezahlt. Rentenfragen werden von

der Bundesregierung entschieden, nicht von der Stadt, inhaltlich ist die Versammlung also überflüssig“, und „Oberbürgermeister Weil muss damit Schluss machen, dass seine Bediensteten ver.di dann zur Verfügung stehen, wenn die Gewerkschaft gegen politische Mehrheitsentscheidungen vorgeht“. Der FDP-Fraktionvorsitzende im Rat der Stadt in scheinbarer Sorge um ver.di's Ruf verpackte seine Hetze gegen diese Art des Protestes so: „Sie haben doch gerade protestiert, jetzt schon wieder – da verschmerzen sie sich die Sympathie der Leute, ver.di muss auch an die Bürger denken“. Die CDU ließ vernehmen, das Engagement der Stadtbeschäftigten sei mehr zu würdigen, wenn sie ihren Protest in ihrer Freizeit zum Ausdruck brächten.

Der Bund der Steuerzahler forderte, wie schon in der letzten Tarifrunde, erneut den Oberbürgermeister der Stadt auf, den Demonstrationsteilnehmern anteilig den Lohn zu kürzen, denn entscheidend sei, ob der kommunale Betrieb vom Gegenstand des Protestes berührt werde und das sei bei der Rente mit 67 ganz sicher nicht der Fall.

Die Positionen zu der Aktion zeigen, dass sich der Ärger vor allem gegen die Art des Protestes richtet, der sich gegen politische

Entscheidungen während der Arbeitszeit „auf der Straße“ mit der Gewerkschaft formiert hat. (bee)



Sie sind eine Handvoll Kollegen. Sie länger als ihre Großväter 1956/1957

Streik bei Niro Petersen in Flensburg

FLENSBURG. Wer stolzer Eigner einer Yacht ist oder Skipper, dem ist die kleine Flensburger Firma NIRO Petersen KG früher oder später ein Begriff: Hier werden alle Arten von Yacht- und Bootsbeschlägen gefertigt. Die Firma präsentiert sich gerne mit den Worten: „NIRO Petersen KG produziert in Flensburg über 1000 verschiedene hochwertige Yachtbeschläge aus Edelstahl rostfrei, A4-Qualität, elektrolytisch poliert. Neben der Serienanfertigung werden auch Werftserien und individuell konstruierte Einzelbeschläge hergestellt. Sichere Funktionalität und das anspruchsvolle Design der Yachtbeschläge werden bei uns groß geschrieben. In der Schiffs- und Yachtbranche ist der Name Niro Petersen weltweit eine Garantie für verlässlichen, gleichbleibenden und hohen Qualitätsstandard.“

Der Kapitalist als unumschränkter Herr

Was auf den ersten Blick von außen vielleicht wie eine kleine Krauterbude anmutet, lässt aufhorchen, wenn man die Kundenreferenzliste liest. Um nur die ersten zwei der Referenzliste zu nennen: Oben an steht die Firma Lürssen – eine deutsche Werft, vor allem bekannt durch den Bau militärischer Schnellboote und ziviler Großyachten –, gefolgt von Thyssenkrupp Marine Systems – eine Firma für Luxusyachten Marine- und mittelgroße Containerschiffe; auch Untersee-



„Edle Produkte: Hochglanzpolierte Poller für Yachten“

streiken um eine tarifliche Regelung ihrer Arbeitsverhältnisse und um mehr Lohn. Sie streiken bereits. Aber ohne Verhandlungstermin. Und schreiben jetzt schon auf ihr Transparent: „Wir sind Sieger!“



Die Forderung der Streikenden: Tarifvertrag!“

boote fertigt das Unternehmen auf Wunsch – und weiteren Edelmarken der Branche. Aber auch private Menschen, Milliardäre wie Abramowitsch, die „graue Eminenz der russischen Politik“, „das Portemonnaie des Kreml“ (Stern.de vom 29.9.2005) oder Kunden aus dem Umfeld von Microsoft-Bill Gates kommen mal eben vorbei und lassen hier Zubehör für ihre Mega-Yachten, die ihr gestresstes Leben versüßen sollen, bauen. Und dass solche Art Kunden hohe Qualität für ihr Geld verlangen und sehr geschmacklerisch jeden kleinsten Kratzer auf einem hochglanz polierten Anker wahrnehmen, kann der verständige Leser sich leicht denken.

Doch auch der normale kleine Bootsbesitzer kauft hier gerne: Eine Gangway, Poller, um das Boot festzumachen, Griffe. Alles allerbeste Ware, und nicht gerade billig. Dass Luxusgüter in Zeiten allgemeiner Verarmung Konjunktur haben, ist eine alte Wahrheit.

Eigentlich eine gute Arbeit, sollte froh denken, wer hier beschäftigt ist. Entsprechend qualifiziert muss sein, wer hier arbeitet. Hier wird z.B. nicht einfach losgeschweißt. Da die Firma vom Germanischen Lloyd zertifiziert ist, muss ein Schweißer bei NIRO Petersen zusätzlich zu seiner Facharbeiterausbildung die entsprechenden Schweißscheine haben und in regelmäßigen Prüfungen erneuern.

Aus der Sicht des Kapitalisten ging alles auch 40 Jahre gut. Die Firma entwickelte sich. Heute arbeiten 23 KollegInnen im gewerblichen Bereich, sechs sind Angestellte, sechs Auszubildende. Und es gibt sechs Leitende Angestellte. Der Firmenchef war der unumschränkte Herr im Haus. Er grölte, wie langjährig beschäftigte Kollegen berichten, seine Anweisungen heraus. Argumentiert wurde nie. Er war selten gerecht, und vor ihm wurde gekuschelt. Die 40-Stundenwoche war die Regel. Tarifvertrag ein Fremdwort.

Der Alte schied aus dem Geschäft aus. Seine Tochter Frau Birthe Reimer folgte in ihrer Funktion. „Wir dachten, ‚neue Besen kehren gut‘, und es ist ein Neuanfang möglich, der das Leben in der Firma menschlicher macht: geblieben

ist nur der ‚Besen!‘“ So beschreiben Kollegen die Lage im Betrieb vor ca. zwei Jahren.

„... die Faxen dicke!“

Mit IG Metall oder anderen Gewerkschaften hatten die KollegInnen bis dato auch nicht viel am Hut. Aber mit einem Mal wollte die neue Chefin die 42-, dann sogar die 44-Stundenwoche. Ohne Lohnausgleich, versteht sich. Da reichte es den KollegInnen mit einem Male, und sie „hatten die Faxen dicke“. Wenn es der Firma schlecht ginge, würden sie ja vieles verstehen, dachten sie bei sich. Auch länger arbeiten. Aber NIRO Petersen machte glänzende Geschäfte: Warum dann 44 Stunden arbeiten ohne Lohnausgleich? Sie wollten nicht.

Die Belegschaft handelte: Im November 2004 wurde der Betriebsrat gegründet. Welche ein Schock für die Firmenleitung: Mit einem Mal musste miteinander gesprochen, ja verhandelt werden! War die Existenz eines Betriebsrats selbst schon „die Revolution“, so musste sich das neu gewählte Gremium erst mal mit den aller kleinsten Sachen herumschlagen. Seife und Handtücher in den Waschräumen? Gab es nicht! Zu teuer! Sicherheitsschuhe? In einem Metallbetrieb dringend sicherheitstechnisch erforderlich: Die gab es nicht bei NIRO Petersen. Die KollegInnen mussten sie selbst mitbringen und bezahlen! Oder das Thema Urlaub. NIRO Petersen war früher sicher ein Saisonbetrieb. Wenn die Segelsaison sich ankündigte, konnte natürlich nicht jeder Jahresurlaub machen. In den letzten Jahren ist aber über das ganze Jahr hin gut zu tun. Dennoch besteht die Firmenleitung darauf, die zustehenden sechs Wochen Urlaub total zu verplanen: bis auf einen einzigen frei verfügbaren Urlaubstag!

Die Kollegen des Betriebsrates erzählen, wie sie Vorschläge über Vorschläge zur Regelung solcher Themen machten, die in anderen Metallbetrieben in Absprache einvernehmlich geregelt sind. Und sie waren wahrlich kompromissbereit; wollten der neuen Chefin die Chance geben, sich einzuarbeiten; wollten

mit ihr ein vernünftiges Verhältnis aufbauen. Sie aber wollte den Betriebsrat am liebsten gar nicht wahrnehmen. Ohne Rechtsanwalt bewegte sich daher zwischen Geschäftsführung und Betriebsrat gar nichts. Die Firma beharrte darauf, die 44-Stundenwoche ohne Lohnausgleich anzuordnen. Ohne jegliche Verhandlung.

Die Kapitalistin an den Verhandlungstisch!

Wie aber kann die Kapitalistin an den Verhandlungstisch gezwungen werden?

Anders als zum Beispiel in Frankreich gibt es in der BRD kein Recht der Belegschaften, mit Streik oder ähnlichen Arbeitsk Kampfmaßnahmen die Erfüllung betrieblicher Forderungen zu erzwingen. Das gilt auch, wenn der Unternehmer sich weder an Recht noch an Gesetz hält. Das Streikrecht gibt es nur innerhalb von Tarifverhandlungen. Und da wiederum eingegrenzt in ein sehr schmales zeitliches Fenster nach dem Ende der per Tarifvertragsgesetz festgelegten Friedenspflicht der Tarifvertragsparteien. Da, wo es keine Tarifbindung der Betriebsparteien (also Arbeitgeber und Arbeitnehmer) gibt, hat der Kapitalist freie Hand, nach Gutsherrenart in seinem Laden zu walten und zu schalten.

Verschärfend kommt hinzu: Lohnfragen und Arbeitszeitregelungen sind Themen, die laut Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) außerhalb der Regelungskompetenz eines Betriebsrates liegen. In vielen Betrieben wird zwar manches ausgehandelt und geregelt. Aber juristisch Bestand hat so eine Betriebsvereinbarung im Konfliktfalle nicht. Der Gesetzestext BetrVG § 77 Abs. 3 lautet: „Arbeitsentgelte und sonstige Arbeitsbedingungen, die durch Tarifvertrag geregelt sind oder üblicherweise geregelt werden, können nicht Gegenstand einer Betriebsvereinbarung sein.“ Eine Betriebsvereinbarung, die zum Beispiel Lohn und Arbeitszeit regelt, mag als „freiwillige“ Vereinbarung abgeschlossen werden. Niemals kann sie aber rechtlich, das heißt durch den Spruch einer vom Gericht eingesetzten Einigungsstelle erzwungen werden. ➔

➔ Was also sollten die KollegInnen bei NIRO Petersen tun, wenn sie nicht bereit waren, mit hängenden Ohren an ihren Arbeitsplatz zurückzutrollen? Sie traten in die IG Metall ein und bildeten im Frühjahr 2006 eine betriebliche Tariffkommission. Deren Forderung lautete jetzt: „Tarifliche Anbindung des Unternehmens und 7% mehr Lohn“.

Die Phase der Verhandlungen

Im Juni 2006 unterstrichen die KollegInnen ihre Forderung mit einem 30-minütigen Warnstreik und schlugen der Geschäftsleitung zwölf Verhandlungstermine vor. Tatsächlich gab es dann fünf Verhandlungen.

Während dieser Verhandlungsphase kamen verschiedene Fakten zutage, die die Brisanz der Situation deutlich machten. Die Firma ist doch tatsächlich Mitglied im Arbeitgeberverband: Der Innung für Zweiradmechaniker. Hier gibt es seit den achtziger Jahren keinen Tarifvertrag. Also konnte in diesem Handwerksbetrieb des Schiffbaus gar kein Tarifvertrag in Kraft treten.

Sodann war auffallend: In den Verhandlungen saß an der Seite der Geschäftsführung ein Vertreter des „Kommunalen Arbeitgeberverbandes Schleswig-Holstein“. Schaut man in dessen Satzung, weiß man auch warum. Dort heißt es in §2 Abs. 3: „Bisher nicht durch Mitgliedschaft im KAV Schleswig-Holstein tarifgebundene Arbeitgeber können die Gastmitgliedschaft erwerben. Die Gastmitgliedschaft begründet keine Mitgliedschaft im Sinne der folgenden Satzungsbestimmungen. Gastmitglieder unterliegen nicht der Tarifbindung im Sinne des § 3 Abs. 1 des Tarifvertragsgesetzes vom 25. August 1969.“ Und in §9 Abs 2 unter „Gastmitglieder“ steht: „Jedes Gastmitglied hat Anspruch auf a) den Rat des Verbandes in allen Angelegenheiten der Lohn- und Anstellungsverhältnisse seiner Beschäftigten, b) Prozessvertretung nach Maßgabe der vom Vorstand hierzu erlassenen Richtlinien in allen Rechtsstreitigkeiten, die ihre Grundlage im Arbeitsverhältnis haben, sowie in betriebsverfassungsrechtlichen Beschlussverfahren oder Rechtsstreitigkeiten aus dem Personalvertretungsrecht, soweit dies prozessrechtlich zulässig ist.“ Ein politisches Angebot mit kostengünstigem Rechtsbeistand an alle Unternehmen, um sich aus allen tarifvertraglichen Strukturen wegzustellen. Kapitalistenherz, was willst Du mehr! Das begreift NIRO Petersen offensichtlich als seine Chance.

Während dieser Verhandlungsphase machte die Geschäftsführung einen taktischen Versuch, gemäß dem Tarifvertrag für das Handwerk die Belegschaft einzugruppieren, um gleich daraufhin in den Verhandlungen zu äußern: „Jetzt sind uns die Augen aufgegangen: Alle verdienen ohnehin zu viel!“ Was

hatte sie gemacht? Einen Schlosser, 30 Jahre im Betrieb, wurde in Lohngruppe IV, das ist eine Stufe unter den Ecklohn für Facharbeit, eingruppiert: 10 Euro Grundlohn! Ein seit 17 Jahren gemäß Germanischem Lloyd zertifizierter Schweißer bekam gerade mal eben die unterste Facharbeiterlohngruppe V! „Eigentlich müsste“, so empörten sich die KollegInnen, „jeder so eingestufte Kollege, immer dann, wenn er zusammen mit einem Arbeitsauftrag eine Zeichnung vorgelegt bekommt, fragen: Was ist denn das da überhaupt?! Bei meiner Lohngruppe brauche ich das doch gar nicht zu wissen.“ Neben der geäußerten Ironie wurde diese Eingruppierung als persönlicher moralischer Tiefschlag empfunden: „So wenig sind wir also dieser Firma wert!“

In der fünften und bislang letzten Verhandlungsrunde kam der Arbeitgeber, unterstützt vom Anwalt des Kommunalen Arbeitgeberverbandes, zur Sache. Man hätte „sich schlaugemacht“. Sie boten 3% mehr Lohn. Notgedrungen. Aber: Kein Tarifvertrag. „Ihre Kollegen“, säuselte er gegenüber der Verhandlungskommission, „sind doch mündige Leute!“ „Lassen Sie uns individuelle Verträge machen! Wir einigen uns schon!“

Die Belegschaft ist bereit

Mit Hilfe der IG Metall haben die Kollegen der betrieblichen Verhandlungskommission auch dieses Angebot geprüft. Sie wollten ja nichts unversucht lassen, mit NIRO Petersen zu einer akzeptablen Einigung zu kommen. Und folgendes Beispiel fanden sie dann in den vorgelegten Muster-Arbeitsverträgen: Es wird der gesetzliche Urlaubsanspruch gewährt. Darüber hinaus gewährt die Firma einen Urlaub bis zu sechs Wochen als „freiwillige, jederzeit widerrufliche Leistung“.

Nun konnte im Betrieb allen klar gemacht werden, worum es der Geschäftsführung geht: Auf keinen Fall eine Tarifbindung einzugehen, ob Eintritt in den Arbeitgeberverband oder Anerkennungstarifvertrag. Alles wollte sie „freiwillig“ und ohne kollektiven Rechtsanspruch regeln. Passend dazu verbreitete sich die Aussage der Firmeninhaberin im Betrieb: „Bevor ich einen Tarifvertrag unterschreibe, fahre ich die Firma an die Wand!“ Seit dieser Zeit saß in den Verhandlungen nur noch der Vertreter des Kommunalen Arbeitgeberverbandes mit am Tisch. Der Anwalt der Innung hatte sich kopfschüttelnd verabschiedet.

Die IG Metall gewann inzwischen im Betrieb bei den KollegInnen mehr und mehr an Ansehen. 80% der gewerblichen Kollegen waren nun Mitglied, zudem die Hälfte der Angestellten und

auch der Auszubildenden. Nie plante der Betriebsrat seine nächsten Schritte alleine. „Wir haben immer jeden einzelnen gefragt.“ In zahlreichen Info-Abenden mit den KollegInnen wurde alles beraten. Der Betriebsrat drängte aber auch auf Verbindlichkeit: „Es geht nicht nur darum, ob Du einen Tarifvertrag möchtest, sondern: Bist Du bereit dafür zu kämpfen?“ Der Tarifvertrag war nur noch mit einem Streik zu haben. Die Belegschaft war dazu bereit.

Von der IG Metall wurden nur die gewerblichen Kollegen zur Urabstimmung aufgerufen. Nur hier war aufgrund des Organisationsgrades die notwendige Kraft zu entfalten. Bei der Urabstimmung sprachen sich 84% der gewerblich Beschäftigten, also alle bis auf zwei, für einen Streik aus. Streikbeginn war Freitag, der 17. November 2006. Damit streikten die Kollegen heute bereits länger als seinerzeit ihre „Großväter“ in Schleswig-Holstein beim längsten



Dieser Streik ist jegliche Unterstützung wert!
Solikonto: Helaba Frankfurt ; BLZ: 50050000u
Konto-Nr.: 1040; Zweck: Streik NIRO Petersen

Metallerstreik in der Geschichte der BRD vom 24. Oktober 1956 bis zum 14. Februar 1957, als 34 000 Arbeiter für die Gleichstellung mit den Angestellten bei der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall kämpften. Nur, die NIRO Petersen Kollegen haben noch immer keine einzige Verhandlung, geschweige denn ein Streikergebnis.

Die Streiklage ist nicht einfach

Erst nach der Urabstimmung stellte sich heraus, dass nur 12 Kollegen tatsächlich streikten. Die anderen wurden trotz ihres eigenen gegenteiligen Votums zu Streikbrechern.

Zum Streikbeginn legte die Geschäftsführung dem Betriebsrat die Kündigung zweier Kollegen auf den Tisch. Nach der Verhandlung beim Arbeitsgericht feierte triumphierend die Führungsebene mit einem Teil der Belegschaft die angeblich „betriebsbedingten“ Entlassungen. Die Geschäftsführerin gab Sekt aus.

Ein ganze Reihe von KollegInnen, offensichtlich mit Versprechungen verlockt oder unter Druck gesetzt, sind aus der IG Metall ausgetreten. Längst ist der kollegiale Umgang zwischen Streikenden und Streikbrechern menschlich auf dem Gefrierpunkt. Die streikenden Kol-

legen berichten in ihrem Info-Flyer: „Im Laufe der Zeit verhärteten sich die Fronten. Leitende Angestellte beschimpfen die Streikposten. Sätze wie ‚verpißt Euch, Ihr Wichser‘, ‚macht Euch endlich vom Acker‘ sind leider an der Tagesordnung. Wir kennen auch den Mittelfinger vom Meister der Fertigung ausgesprochen genau. Die Firmenleitung behauptet aber, dass wir die Streikbrecher beleidigen und bespuken. Das tun wir nicht.“ Ein „Kollege“ behauptet, er wäre von uns Streikenden mit dem Auto angefahren worden. Alles Lügen, die über uns verbreitet werden.

Die Fertigung wird von der Firma mühsam aufrecht erhalten. Die Beschäftigten aus der Konstruktion werden produktiv eingesetzt. Sogar der Meister muss an die Werkbank. Die Einstellung von vier Leiharbeitern konnte die Firmenleitung durchsetzen. Denn während des Streikes ruhen die wichtigsten Elemente betriebsrätlicher Mitbestimmung; sie sind auf Informationsrechte reduziert. Diese Leihleute können aber nicht die qualifizierte Facharbeit der Streikenden voll ersetzen. Auch wenn NIRO Petersen das gerne behauptet.

Sehr ermutigend war, dass die IG Metall in Zusammenarbeit mit der dänischen Gewerkschaft verhindert hat, dass Arbeit aus dem Betrieb heraus nach Dänemark verlagert werden konnte. Die dänische Gewerkschaft „Danskt metal“ führte ein Gespräch mit dem Arbeitgeber von „Kolding metalsliberi“. Dort finden jetzt keine Streikbrecherarbeiten mehr statt. Der Arbeitgeber teilte mit: „Wir haben wohl einen Fehler gemacht. Das machen wir aber nicht wieder.“ So weit durchsickert, lehnt NIRO Petersen aber auch Aufträge ab und verzichtet darauf, bestimmte Geschäfte zu machen.

Bis auf einen Artikel im „Flensburger Tageblatt“, der aus Arbeitgeberperspektive den Streik völlig verriss und die Tatsachen verdrehte, haben die Streikenden in der Region eine recht gute Presse. Die dänische Zeitung „Flensborg Avis“ berichtet immer mit viel Sympathie. Der IG Metall Vorsitzende Jürgen Peters war am 21. November 2006 in Flensburg aus Anlass der Feier zum 50. Jahrestag des großen Metallstreiks und besuchte die Streikenden, ihnen Mut zu machen. Ebenso kamen viele Landespolitiker von SPD, SSW (Südschleswigsche Wählerverband) bis Linkspartei. Die streikenden Kollegen werden von Betriebsratskollegen eingeladen, auf Betriebsversammlungen zu berichten. Sympathisierende Menschen kommen spontan vorbei, geben Geschenke, Geld und sogar Kartoffeln ab.

„Wir sind Gewinner!“

Wie aber geht es weiter? Ein Streik muss

dem Kapitalisten ordentlich weh tun, bis er Wirkung zeigt. Aber haben die Kollegen überhaupt noch „ein Brikett zum nachlegen“? Außer ihrem ungebrochenen Mut, durchzuhalten und der unverminderten Solidarität aus anderen Betrieben, den Gewerkschaften, die mit regelmäßigen Besuchen und auch Spenden ihre Verbundenheit zum Ausdruck bringen, haben sie kaum noch eine weitere Eskalationsstufe, um die Firma an den Tisch und zu einem tarifvertraglichen Ergebnis zu zwingen.

Die streikenden Kollegen wissen, wo zwischen ihnen und der Geschäftsführung die Front verläuft. In ihrem Streikflugblatt schreiben sie über die Chefin von NIRO Petersen: „Was sie will, ist klar: sie will keine verbindlichen Arbeitsbestimmungen, insbesondere keine, die durch einen Tarifvertrag abgesichert sind. Sie will jederzeit die Rahmenbedingungen wie Arbeitszeit, einseitig anordnen können. Sie will keine Verpflichtungen gegenüber der Belegschaft; auch wenn die Mitarbeiter teilweise schon Jahrzehnte bei Niro Petersen beschäftigt sind. Sie will Willkür, Ungerechtigkeit und Unfreiheit beibehalten.“

Wofür die KollegInnen stehen, ist auch klar benannt: Für tarifliche Absicherung ihrer Arbeitsbedingungen, für einen Lohn, von dem sie leben können und der ihrer qualifizierten Arbeit entspricht. Sie wollen die Würde, die sie in diesem Streik gewonnen haben, in ihrem Arbeitsverhältnis wiederfinden. Man könne „sich an seinen fünf Fingern abzählen“, wohin die Reise geht, wenn der Streik verloren geht: „Dann gehen die Löhne weiter runter“, prophezeite in seiner Ansprache Jürgen Peters nicht nur diesem Betrieb, sondern der gesamten Region. Tarifflicht wird dann für viele Unternehmen die praktikable Möglichkeit, ihren Profit zu steigern.

Damit stehen die KollegInnen von NIRO Petersen zusammen mit der IG Metall in einem Kampf um die Zukunft zahlloser Arbeitsverhältnisse in Betrieben ohne jeglichen kollektiven arbeitsrechtlichen Schutz. Es geht um die Frage, ob Kapitalisten nach Manier von Junkern und Gutsherren, so wie in längst vergangen geglaubten Zeiten, unwidersprochen mit ihren Belegschaften umgehen dürfen.

Der Betriebsratsvorsitzende Maik Michalik weiß, dass der Kampf noch lange nicht entschieden ist. Dennoch haben die KollegInnen ein Transparent gemalt, auf das sie geschrieben haben „Wir sind Gewinner!“ Gewonnen haben sie ihre Würde schon jetzt: Sie lassen sich nicht länger in kapitalistischer Willkür und Rechtlosigkeit treten.

Karl-Helmut Lechner

Das Gespräch mit den Kollegen von NIRO Petersen wurde am 13. März 2007 bei einem Treffen der IG Metall Kaltenkirchen geführt. Ständig aktualisierte Infos unter: <http://www2.igmetall.de/homepages/flensburg/>

„Trittbrettfahrern“ beim dualen Müllentsorgungssystem auf der Spur.

FAZ, Mi. 7.3.07. Eine Novelle zur Verpackungsverordnung soll die Schlupflöcher bei der Finanzierung der dualen Systeme (z.B. grüner Punkt) schließen. Zwischen 300 und 500 Millionen Euro Müllabgaben jährlich zahlen Betriebe wie z.B. die Drogerieketten Rossmann und Schlecker nicht, sondern stellen in ihre Geschäfte Müllbehälter, die die Kunden aber nicht (ausreichend) nutzen. Die Verpackungen landen dann in der allgemeinen Entsorgung, obwohl die „Selbstentsorger“ keine Gebühr dafür zahlen. Der Bundesverband der Dt. Entsorgungswirtschaft begrüßt den Gesetzesentwurf des Umweltministeriums.

Noch nie war es so billig, die Umwelt zu belasten!

FAZ, Do. 8.3.07. Der sog. Carbon-Index „Carbix“ ist seit der Einführung des Zertifikatehandels 2005 von 30 auf neun Euro gefallen, weil bekannt wurde, dass die einzelnen EU-Mitglieder ihrer Wirtschaft deutlich mehr Verschmutzungsrechte zugestanden hatten als nötig. Allein in Deutschland betrug der Überhang 20 Millionen Tonnen Kohlendioxid. Insgesamt waren in der EU fast 100 Mio. Zertifikate mehr abgegeben worden als nötig. Für die zweite Emissions-Handelsperiode musste die Bundesregierung Abstriche durch die EU-Kommission hinnehmen: Statt der gewünschten 465 Mio. Tonnen Kohlendioxid/Jahr darf die deutsche Industrie nur 452 Mio. Tonnen in die Luft entlassen, was auf vehemente Kritik bei den Verbänden BDI, Wirtschaftsvereinigung Stahl und Elektrizitätswirtschaft stößt. Der Geschäftsführer des VDEW spricht von einem noch nicht absehbaren wirtschaftlichen Schaden für den Wirtschaftsstandort.

Müllentsorgung wird oft wieder kommunalisiert.

FAZ, Mo. 12.3.07. Immer mehr Gemeinden entdecken die Müllabfuhr wieder als lukrative Einnahmequelle für ihre Haushalte und kündigen ihre Entsorgungsverträge mit privaten Unternehmen. Hauptgeschäftsführer S. Harmening vom Bundesverband der Entsorgungswirtschaft reagiert aufgebracht: „In der Hausmüllentsorgung droht der Rückfall in die Staatswirtschaft!“ 1996 hatte das Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz das strikte Entsorgungsmonopol der Gebietskörperschaften gelockert. Etwa zwei Drittel aller Abfälle werden nach BDE-Angaben mittlerweile nicht mehr von kommunalen Eigenbetrieben, sondern von Privaten entsorgt. Der Verband kommunaler Abfallwirtschaft und Stadtreinigung (VKS) wirft dem BDE vor, unbegründete Ängste der Bürger zu schüren und von „Defiziten der privaten Entsorgung“ ablenken zu wollen.

Presseauswertung: rst

Lothar Bisky, Vorsitzender Die Linke.PDS wird im Juni auf dem Fusionsparteitag auf jeden Fall zum Vorsitz kandidieren und vermutlich dann mit Oscar Lafontaine die Doppelspitze bilden.

Linkspartei und WASG haben am 3. März das Wahlprogramm zur Bremer Bürgerschaftswahl beschlossen.

Das Aktionsprogramm enthält 11 Punkte für Bremen und Bremerhaven.

Unter dem Wahlspruch „Hier ist DIE LINKE.“ kamen am Sonnabend, den 3. März 2007, die Linkspartei zum Landesparteitag und die WASG zur Landesmitgliederversammlung zusammen. Die Anwesenden verabschiedeten das Wahlprogramm, mit dem Die Linke zur Bürgerschaftswahl in Bremen am 13. Mai 2007 antritt.

Als Aktionsprogramm wurden 11 Punkte für Bremen und Bremerhaven erarbeitet: Mit diesem Positionspapier zur Frage, was im Bundesland sofort verändert werden kann, lehnt Die Linke unter anderem die Privatisierung der vier Bremer Kliniken sowie öffentlicher Unternehmen wie GEWOBA oder BSAG ab.

Weiterhin fordert die Bremer Linke die Abschaffung von Hartz IV. Anstelle von 1-Euro-Jobs sollten im Rahmen von öffentlich geförderten Beschäftigungsmaßnahmen sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze geschaffen werden. Bildungspolitisch setzt sich DIE LINKE in Bremen für die Verabschiedung vom dreistufigem Schulsystem ein. Die Bremer befürworten die Gemeinschaftsschule, in der Schülerinnen und Schüler bis zur 10. Klasse von- und miteinander lernen.

Wäre heute Bürgerschaftswahl in Bremen, käme die SPD auf gut 36 Prozent der Stimmen. Das geht nach Radio Bremen-Informationen aus einer aktuellen Umfrage der CDU hervor. Die Christdemokraten selbst bekämen 25 Prozent, die Grünen 15 und die Linkspartei sechs Prozent der Stimmen. Andere Parteien scheitern nach dieser Umfrage an der Fünf-Prozent-Hürde.

Die neue LINKE in Hamburg auf dem Weg. Die Landesvorstände von WASG und Linkspartei.PDS haben jetzt den Fahrplan und die einzelnen Schritte zur Gründung der neuen linken Partei, die DIE LINKE heißen soll, in einer Vereinbarung festgeschrieben.

Bereits im September vorigen Jahres hatten beide Landesmitgliederversammlungen ein gemeinsames inhaltliches Papier zu den Hamburg Politikfeldern mit großer Mehrheit angenommen.

Nach den Bundesparteitagen, die im März die Gründungsdokumente –

Bundessatzung und programmatische Eckpunkte – beraten und verabschieden, wird bis zum 18. Mai die Urabstimmung in beiden Parteien stattfinden. Auch die Hamburger Mitglieder entscheiden dann über die Verschmelzung zur neuen Partei, die Programmatischen Eckpunkte und das neue Statut. Bei positivem Ausgang wird am 16./17.6. die neue Partei in Berlin gegründet.

In den sieben Hamburger Bezirken finden in der Zeit vom 18.6.–3.7.2007 die Gründungsmitgliederversammlungen statt. DIE LINKE.Hamburg wird sich auf einem Landesparteitag am 7. und 8. Juli gründen.

Norman Paech, bis zu seinem Austritt in 2001 SPD-Mitglied und seit 2005 parteiloser Bundestagsabgeordneter in der Fraktion DIE LINKE erklärte hierzu: „Damit werden die Voraussetzungen geschaffen, dass sich eine geeinte Linke in Hamburg in die Politik einmischte. Und das ist bitter notwendig. Viele Menschen verstehen die Beschlüsse in Bürgerschaft und Senat nicht mehr. Die Angst vor Massenentlassungen bei Airbus und Telekom wird durch Privatisierungsbestrebungen noch verstärkt. In keiner Stadt gibt es eine so große Gerechtigkeitslücke wie in Hamburg. Und sie droht noch größer zu werden. Denn in den Händen der etablierten Parteien, auch der SPD, der ich mehr als zwei Jahrzehnte angehörte, ist die Sorge ums Gemeinwohl zur bloßen Symbolpolitik, zum Showbusiness verkommen.“

Ich freue mich sehr, dass die Linke in Hamburg eine starke gemeinsame Partei bilden wird, um die Interessen der Bürgerinnen und Bürger wieder voranzubringen. Um selbst weiter dazu beizutragen, werde ich direkt am 16. Juni der LINKEN beitreten.“

Am 17. März haben die geschäftsführenden Landesvorstände von WASG und Linkspartei.PDS in NRW die Vereinbarungen zur Vereinigung der beiden Parteien im Landesverband NRW unterschrieben.

Die Vereinbarungen sehen für den Übergangsvorstand eine paritätische Besetzung vor. Er wird zu mindestens 50% aus Frauen bestehen und je zur Hälfte von Mitgliedern der Linkspartei.PDS und WASG besetzt sein. Der Übergangsvorstand führt die Geschäfte der neuen Linken bis zum Gründungsparteitag am 15./16. September. Dann wird für ein Jahr der erste gemeinsame Vorstand gewählt. Die geschäftsführenden Vorstände sind sich einig: „Die geeinte Linke wird in NRW eine linke Kraft darstellen, die nicht nur so heißt, sondern auch so handelt!“

Zusammenstellung: jöd

Von André Brie

„Das ‚europäische Sozialmodell‘ hat seine Zukunft noch vor sich. Die europäische Linke könnte es zu ihrem Markenzeichen machen, zu ihrem gemeinsamen Projekt, wenn sie es sich nur traute.“ (Michael Krätke)

1.

Im Folgenden werden vor allem zwei Überzeugungen vertreten. Erstens: Eine erneuerte deutsche Linke hat eine große politische Chance – aber nur dann, wenn sie eine Reihe von wichtigen Voraussetzungen erfüllt. Eine davon ist es, eine europäische Linke zu sein und die weitere europäische Integration und Einigung aktiv und konkret zu unterstützen. Die erneuerte deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein. Zweitens: Es wird kein vereinigtes Europa geben, wenn es kein soziales Europa gibt. Die tiefe Krise der europäischen Integration ist vor allem auf die Abwesenheit dieser entscheidenden Orientierung zurückzuführen. Keine politische Kraft könnte daher gegenwärtig proeuropäischer sein als die Linke, wenn sie diese Herausforderung annähme und ... es sich nur traute.

Für die Linke in vielen Ländern der Europäischen Union, in Frankreich, Italien, Spanien, Deutschland, aber auch in zahlreichen neuen Mitgliedsstaaten, ergibt sich die dringende Frage, ob sie die weitere Integration will, welche Integration sie will, welche Antworten sie für die gravierenden Herausforderungen hat. Ausgesprochen und unausgesprochen gibt es auch in der deutschen Linken antieuropäische Positionen, die teilweise mit ernst zu nehmenden Argumenten vertreten werden.

Ich teile die Kritik an der EU-europäischen Realität: an der Dominanz des Marktradikalismus für die gesamte Entwicklungsrichtung der EU (die Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza, der Verfassungsvertrag, die Dienstleistungsrichtlinie, um nur einige wichtige Erscheinungen zu nennen); an der Abschottung gegenüber dem Süden der Erde; an der Einschränkung von Bürger- und Menschenrechten; an dem akuten Demokratiedefizit; an den machtpolitischen und militärischen Ambitionen in den internationalen Beziehungen und der äußerst unterentwickelten Bereitschaft, die europäischen Außenpolitiken auf die Stärkung der UNO, des Völkerrechts und Multilateralismus sowie auf eine ursachenorientierte und wirkungsvolle zivile Konfliktprävention auszurichten.

Widerstand der Linken gegen diese Politik ist dringend erforderlich und muss deutlich stärker, öffentlich wirksamer und nachhaltiger werden. Das muss allerdings nicht nur auf den Ver-

Die erneuerte deutsche Linke wird europäisch oder nicht sein. Ein soziales Europa oder kein Europa. Das ist die Frage, das ist die Antwort.

fassungsvertrag, sondern in gleicher Weise auch auf den geltenden Vertrag von Nizza zutreffen, der alles andere als eine positive Alternative ist, zumal er für weitere Beitritte von Ländern zur Europäischen Union, wie sie von großen Teilen der europäischen Linken unterstützt werden, keinen rechtlichen Rahmen mehr bietet.

Nach meiner Überzeugung sind die inzwischen nicht mehr unwahrscheinliche Desintegration und Renationalisierung und eine klammheimliche Freude eines Teils der Linken am Scheitern der Europäischen Union keine verantwortungsvollen Alternativen.

Erstens wird die von diesen politischen Kräften bevorzugte Definition der EU als einem imperialistischen Machtblock nicht der differenzierteren Realität der EU, den positiven historischen Seiten der bisherigen Integration sowie den sozialen, demokratischen und ökologischen Möglichkeiten der europäischen Integration gerecht, die allerdings gegenwärtig brachliegen. Sie wären das eigentliche Feld linken Nachdenkens und linker Kämpfe.

Zweitens stünde am Ende der Desintegration ebenfalls eine neoliberale und

sozial zerstörerische europaweite Freihandelszone, die aber anders als die EU nicht nur schwierige und unzureichende, sondern gar keine demokratischen und sozialen Gestaltungsmöglichkeiten erlaubte.

Drittens würden die Möglichkeiten, die europäische Integration für eine strukturelle Kriegsunfähigkeit und die Überwindung des zerstörerischen europäischen Nationalismus zu nutzen, wenigstens auf dem europäischen Kontinent gefährdet werden.

Die drei oben gemachten Einschätzungen gelten nach meiner Überzeugung uneingeschränkt für die Linke in Deutschland und einigen anderen europäischen Ländern. Sie darf allerdings nicht schematisch auf die Linke aller europäischen Staaten übertragen werden, die, wie beispielsweise in Dänemark, Schweden oder Norwegen, andere Bedingungen vorfinden und um soziale Standards kämpfen, die deutlich über denen in vielen anderen EU-Staaten liegen. Allerdings müssen auch sie prüfen, ob das „skandinavische“ Modell eine Desintegration der EU überleben könnte.

2.

Die europäische Integration hatte eine epochale historische Leistung erbracht: Sie hat nach Jahrzehnten entsetzlicher kapitalistischer Kriege den Frieden zwischen den beteiligten Staaten gesichert. (...) Über Jahrzehnte hat die Integration darüber hinaus zu Wohlfahrt, wirtschaftlichem Wachstum und gestärkter Binnennachfrage beigetragen. Sie hat zudem die menschlichen und kulturellen Kontakte und Begegnungen auf einem Großteil des Kontinents wesentlich gefördert. Trotz ihrer gravierenden Defizite und wiederholten Krisen ist die europäische Integration daher für die Linke ein positiver Bezugspunkt ihrer Politik. Die berechtigte Kritik an der aktuellen Ausrichtung der europäischen Integration und Politik muss daher eine europafeindliche Haltung prinzipiell ausschließen. (...)

Die Nationalstaaten bleiben ein wesentlicher politischer Raum für die erforderlichen demokratischen und sozialen Veränderungen. Unter den heutigen Bedingungen ist er allein jedoch nicht hinreichend. So wie im 19. Jahrhundert die nationalen politischen Institutionen von der Arbeiterbewegung

Linkspartei.PDS diskutiert über ihre Haltung zu Europa

Was ist links an deutschem Nationalismus?

Gleich auf zwei Tagungen haben Anfang März deutsche und europäische Linke über ihre Positionen zur europäischen Politik und zur EU gestritten. Das „Neue Deutschland“ berichtete am 12. März:

„Keinen Widerspruch gab es zu der Position, dass eine ‚Neugründung Europas‘ durch die Zerschlagung des Existierenden ebenso wenig eine vernünftige Alternative (Europaabgeordneter André Brie: ‚Am Ende stünde eine neoliberale europäische Freihandelszone ohne demokratische und soziale Gestaltungsmöglichkeiten.‘) ist wie eine Renationalisierung. Notwendig sei aber eine politische Neugründung mit dem Ziel, ein demokratisches und soziales Europa zu schaffen, in dem die Grundrechte gesichert sind, in dem die Menschen selbstbestimmt und solidarisch miteinander leben können und das einen wirksamen Beitrag zu Frieden und internationaler Sicherheit (Gehrcke: Europa muss sich von der Politik der USA abheben) leistet. Ge-

rade die Linke müsse dafür aktiv werden und sich ‚die EU als politischen Handlungsraum aneignen‘ (Gabi Zimmer, GUE/NGL-Abgeordnete). Der auf Eis liegende Verfassungsvertrag verdiene „demokratische Ablehnung“, wurde mehrfach bekräftigt.

Dies wurde auch auf einem internationalen Forum der Linksfraction im Bundestag betont, das am Freitag die Position der europäischen Linken zum Verfassungsprozess diskutierte. Übereinstimmend kritisierten die Teilnehmer, darunter Fausto Bertinotti, Präsident der italienischen Abgeordnetenkammer, und Marie-George Buffet, Präsidentschaftskandidatin der französischen Linken, in Berlin den Verfassungsentwurf, der Aufrüstung und neoliberale Wirtschaftspolitik festschreibe. Er solle bleiben, wo er ist – im Müllleimer. Aber auch einem Lifting der alten Vorlage erteilten die Vertreter der Euro-Linken eine klare Absage. Europa brauche eine ganz andere, völlig neu gedachte Verfassung, die die EU zu einem Sozialstaat weiterentwickle, forderte der Fraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine.“

Dass die Meinungsverschiedenheiten möglicherweise tiefer gehen, macht die Spannbreite zwischen den im Folgenden dokumentierten Thesen von

André Brie auf der einen Seite und der im Vorfeld der beiden Tagungen von Jürgen Elsässer unter Berufung auf Oskar Lafontaine in der „jungen Welt“ publizierte Polemik deutlich. Die Thesen von Jürgen Elsässer beinhalten im Ergebnis nicht nur die Abkehr vom Euro und damit die Rückkehr zur DM, sondern auch die Rückgängigmachung der EU-Osterweiterung, die Ablehnung der Beitritte Rumäniens und Bulgariens und eines künftigen EU-Beitritts der Türkei ebenso wie die Ablehnung einer Vielzahl weiterer europäischer Regelungen, angefangen von der Anti-Diskriminierungs-Richtlinie über die Feinstaub-Richtlinie und vieles anderes mehr – eben, wie er schreibt, die Rückkehr von der großen EU zur (alten), kleinen und, wie sich viele erinnern werden, von Deutschland bzw. einer deutsch-französischen Allianz dominierten EG. Nicht alles davon deckt sich mit den Positionen von Oskar Lafontaine. Aber Ähnlichkeiten zwischen Elsässer und Lafontaines Polemik gegen „Fremdarbeiter“, gegen den EU-Beitritt der Türkei und andere Ausfälle fallen schon auf. Fragt sich nur: Was ist links an einer Politik, die faktisch eine Rückkehr zu einem deutsch-dominierten Kerneuropa anstrebt?

rül

und anderen politischen und sozialen Kräften zum Kampffeld für die Fesselung des Manchester-Kapitalismus und darüber hinaus weisender Alternativen gemacht wurden, muss und kann die Linke neben den nationalstaatlichen Möglichkeiten heute den europäischen Rahmen nutzen.

Zwar werden gegenwärtig 40 oder sogar 50 Prozent der Bruttosozialprodukte von EU-Mitgliedsländern über den internationalen Handel realisiert, davon jedoch oft, wie zum Beispiel im deutschen Fall, zu vier Fünfteln innerhalb der EU. Die EU ist ein riesiger und durchaus binnenmarktfähiger Wirtschaftsraum, der als politischer Raum genutzt werden könnte, die Rückkehr des Laissez-faire-Kapitalismus über die neoliberale Globalisierung abzuwehren, die verschiedenen europäischen Sozialstaatsmodelle zu erhalten sowie europäisch zu ergänzen und weiterzuentwickeln. Die herrschende Politik jedoch nutzt die europäische Integration nicht für Alternativen zur wirtschaftsliberalen Globalisierung, sondern als deren Vehikel und Beschleuniger.

Ihr muss die Linke eine eigene europäische Politik gegenüberstellen, anstatt sich einseitig auf die nationalstaatliche Ebene zurückzuziehen. Beide Felder der Auseinandersetzung, die der Nationalstaaten und die der EU, sollten durch die Linke besetzt werden.

3.

Eine dem Frieden verpflichtete Europäische Union, eine politische Union, die ein Platz für den europäischen Kampf der Linken für soziale, demokratische und ökologische Alternativen ist, und ein offenes Europa menschlichen und kulturellen Reichtums sind die drei strategischen Möglichkeiten und Herausforderungen einer offensiv proeuropäischen Politik der Linken. Die Europäische Linkspartei hat sich dazu in ihrem Gründungsmanifest ausdrücklich bekannt:

„Für uns ist Europa in der internationalen Politik ein Raum für das Wiedererstehen des Kampfes um eine andere Gesellschaft. Ihre Ziele sind Frieden und die Transformation der gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnisse.

Wir streben eine Gesellschaft an, die über die kapitalistische, patriarchale Logik hinausgeht. Unsere Ziele sind Emanzipation des Menschen, Befreiung der Frauen und Männer von Unterdrückung, Ausbeutung und Ausgrenzung in jeglicher Form ... Aus diesem Grunde werden die Europäische Union und darüber hinaus der ganze europäische Kontinent – neben der traditionellen politischen Ebene der Nationalstaaten, Regionen, Gemeinden und nicht abgeschottet von der internationalen Entwicklung – zunehmend zu einem wichtigen Raum für alternative Politik.“¹

Noch gibt es für eine solche Politik mehr oder minder starke Anknüpfungspunkte.

Trotz der bereits vollzogenen Zerstörung von bedeutungsvollen sozialen und demokratischen Errungenschaften in Deutschland, Österreich, Frankreich und anderen Ländern hat der einflussreiche US-Ökonom Jeremy Rifkin im Grunde recht, wenn er auf die Journalistenfrage „Wie soll der ‚europäische Traum‘ bezahlt werden? Europa orientiert sich ja am US-Wirtschaftsmodell – etwa bei den Lissabon-Zielen“, antwortet: „Das ist ein Fehler. In Europa höre ich immer wieder: Eine starke Wirtschaft und der Sozialstaat stehen im Widerspruch zueinander. In Statistiken über wachstumsorientierte Wirtschaften führen aber stets die nordeuropäischen Länder. Ihr Geheimnis? Sie haben ihren Sozialstaat reformiert ...“ Noch etwas ist in Rifkins Vergleich zwischen den USA und Europa bedenkenswert: „Ihr diskutiert über Rechte, die wir nicht einmal kennen: Pensionen, Mutterschutz etwa. Menschenrechte und Nachhaltigkeit spielen in politischen Diskursen eine tragende Rolle. Der europäische Traum beruht auf Kooperation. Deshalb passt er auch in die globalisierte Welt – im Gegensatz zum individualistischen amerikanischen Traum.“²

Man wird Rifkin entgegenhalten, dass die europäische Realität so leider nicht ist, nicht die Realität der europäischen Politik, auch kaum die Realität der vorherrschenden europäischen Diskurse. Das trifft zu, ändert aber nichts daran, dass die Linke in einer sozialen und demokratischen Änderung der europäischen Diskurse und Realitäten einen nachhaltigeren Platz als im alleinigen Widerstand finden könnte. In der erwähnten europäischen Umfrage zeigt sich, dass es dafür durchaus auch eine – wenngleich noch recht abstrakte – Grundlage in den Bevölkerungen gibt. Als besonders zentrale Herausforderungen für die europäische Integration in den kommenden Jahren werden angesehen: Erstens die Modernisierung und Demokratisierung der Gemeinschaft, ihrer Institutionen und Mechanismen und damit im Zusammenhang der Verfassungsprozess; zweitens der Umgang mit Bewerbern um eine EU-Mitgliedschaft sowie Möglichkeiten und Grenzen der Erweiterung und drittens die soziale Dimension Europas, was solche Aspekte wie Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Armut oder auch die Überwindung der „Lissabon-Strategie“ einschließt. (...)

5.

Die europäische Integration wird aus drei unterschiedlichen, aber miteinander verknüpften Richtungen bedroht:

Zum einen vom fortlebenden und wieder erstarkenden Nationalismus, der

insbesondere die aktuellen Europapolitiken Großbritanniens und Polens, aber trotz verbaler Abgrenzung auch das Konzept Vaclav Klaus' bestimmt. Im Nizza-Vertrag von 2000 hat diese Politik einen regierungsoffiziellen Erfolg feiern können. Eines der vor allem von rechtsnationalen Kräften offen erklärten Instrumente ist im Übrigen eine prinzipien- und voraussetzungslose geografische Erweiterung der Europäischen Union mit dem Ziel, den inneren Zusammenhalt der EU zu lockern sowie den politischen und supranationalen Charakter der Integration zu blockieren.

Zum anderen haben die Regierungen in den geltenden Verträgen ebenso wie im gescheiterten Verfassungsvertrag den realen Widerspruch und die erforderliche Einheit von geografischer Erweiterung und Vertiefung der Integration so sträflich unzureichend beantwortet, dass die Erweiterung bereits zur realen Bedrohung für den Bestand, erst recht für die Vertiefung der Integration geworden ist. Das darf kein Argument gegen weitere Beitritte von Ländern sein, die es wünschen, zumal Stabilität und Frieden auf dem westlichen Balkan ohne eine solche Perspektive kaum denkbar scheinen. Es ist kontraproduktiv und unnütz, die Frage nach den geografischen Grenzen der Europäischen Union zu stellen oder weitere Beitritte zu stoppen, es muss endlich die Frage nach der politischen „Finalität“ der europäischen Integration und deren inhaltlichen, vertraglichen und institutionellen Konsequenzen beantwortet werden (auch wenn diese Finalität in einer fernerer Zukunft sich neu darstellen könnte). Das gilt auch und besonders für die Linke. Nur auf diesem Wege werden auch die geografischen Grenzen sichtbar und können von den betroffenen Völkern und Staaten selbst bestimmt werden.

Schließlich, und das ist die tatsächlich machtvollste Bedrohung, ist es der seit den achtziger Jahren (Einheitliche Europäische Akte 1987, Vertrag von Maastricht 1992) zur Vertragsgrundlage avancierte neoliberale Markt- und Wettbewerbsradikalismus, der die europäische Integration in ihrer Grundsubstanz gefährdet. Obwohl die Regierungen diesen Vertrag zum Schritt vertiefter Integration erklärten und dies zum Teil auch beabsichtigten, stellt er im Zuge seiner Durchsetzung und Weiterführung bis hin zur Lissabon-Strategie von 2000 und dem Verfassungsvertrag in Wirklichkeit die europäische Einigung in Frage. Die Linke lehnt ihn zu Recht als Angriff auf das europäische Sozialmodell (die unterschiedlichen europäischen Sozialmodelle) ab; sie hätte mindestens genauso auch Grund, ihn als Bedrohung der europäischen Integration abzulehnen.

6.

Das in der Lissabonstrategie konzipierte und in den Verträgen begründete Wettbewerbseuropa bedeutet nicht nur die Zerschlagung sozialer Bindungen in den Gesellschaften, sondern auch ein Europa der „Standort“-Konkurrenz zwischen den Staaten um die profitabelsten Kapitalverwertungsbedingungen durch niedrige Unternehmenssteuern, Löhne, Sozial- und Umweltstandards und den Abbau demokratischer Partizipation. (...)

War das wirtschaftliche Gefälle in der EU 15 (gemessen am Kaufkraftstandard) zwischen den am höchsten (etwa Inner-London) und den am niedrigsten entwickelten Regionen (zum Beispiel Mecklenburg-Vorpommern) 2 zu 1, so hat es sich bereits in der EU 25 auf 10 zu 1 verschärft (Inner-London bzw. Lubelskie in Polen). Einige Regionen in Bulgarien und Rumänien liegen noch darunter.⁴

Auch die wirtschaftliche Kluft zwischen den Staaten (BSP je Einwohner) ist ähnlich hoch. Nimmt man einmal Luxemburg aus, dessen Pro-Kopf-BSP um mehr als das Doppelte über dem EU-Durchschnitt liegt, so bleibt zwischen den wirtschaftlich stärksten Staaten (in dieser Reihenfolge: Irland, Dänemark, Österreich, Niederlande, Belgien, Schweden, Großbritannien, Finnland, Frankreich und Deutschland) und den wirtschaftlich schwächsten Ländern (Lettland, Rumänien, Bulgarien) ebenfalls ein Gefälle von 5 zu 1.

Die europäische Kohäsionspolitik ist zwar dem Ziel verpflichtet, diese Unterschiede zu verringern, doch angesichts der wettbewerbsradikalen Lissabonstrategie, des unzureichenden Finanzrahmens der EU und ähnlicher neoliberaler nationaler Politiken musste der damalige EU-Kommissar Michel Barnier im dritten Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt innerhalb der EU eingestehen, dass sich „die Kluft zwischen Arm und Reich weiter vergrößern“ wird.⁵

Vor allem die regionale Polarisierung nimmt weiter zu. (...) Auf diese Weise wird zum einen Europa nicht geeint, sondern wirtschaftlich, steuerpolitisch und insbesondere sozial gegeneinander getrieben, zum anderen Motor für den Sozialabbau innerhalb der Mitgliedsländer: „Die gnadenlose Standortkonkurrenz führt in den am weitesten entwickelten Volkswirtschaften zu einem massiven Druck auf die Löhne, Sozialstandards, aber auch Steuersysteme. Zugleich verhindert die permanente

Drohung von Standortverlagerung wie auch die in Mittel- und Osteuropa vorhandene Massenarbeitslosigkeit, dass diese Länder ein höheres sozialstaatliches Niveau erreichen.“⁶

7.

Will die Linke der Zerstörung sozialer Sicherheit und Gerechtigkeit in den Nationalstaaten wirkungsvoll entgegenzutreten, so muss sie zugleich für soziale Kohäsion und Solidarität in der EU eintreten, für eine europäische Binnenmarktpolitik, für die Reform des Mastrichter Stabilitäts- und Wachstumspaktes, die Novellierung des EZB-Sta-



tuts und die Veränderung der Geldpolitik der Europäischen Zentralbank, für einen entscheidenden europäischen Beitrag zur Reregulierung des Weltfinanzsystems sowie für europäische Standards bei Unternehmenssteuern, Löhnen, Sozialleistungen, gewerkschaftlichen Rechten. (...)

8.

Das französische und holländische Nein zum Verfassungsvertrag der Europäischen Union hat die Krise der europäischen Integration nicht ausgelöst, sondern endgültig kenntlich gemacht. Nach „Eurobarometer“ liegt die Unterstützung einer EU-Mitgliedschaft in den Bevölkerungen nur noch bei 55 Prozent.

Die Abstinenz bei den Europawahlen, das Desinteresse, die Vorbehalte und die Unkenntnis sind groß, nationalistische Einstellungen nehmen in den meisten EU-Ländern zu. Die politischen und sozialen Konsequenzen der Erweiterung von 2004 sind nicht bewältigt. Die Lissabon-Strategie, die aus der EU bis 2010 die „dynamischste“ Wirtschaftsregion der Welt machen sollte, ist in dieser Hinsicht gescheitert und wird dagegen vor allem als wirksames Vehikel zur Zerstörung der europäischen Sozialstaatsmodelle genutzt. Die „Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik“ wird in jedem Dokument und jeder Rede feierlich beschworen und in wirkungsvolle Schritte zur Militarisierung der internationalen Politik der EU umgesetzt, von der Bereitschaft und Fähigkeit zu einer ge-

meinsamen Außenpolitik sind die Regierungen jedoch in fast allen entscheidenden Fragen weit entfernt.

Der Europäischen Union ist die Identifizierung der Bürgerinnen und Bürger mit ihrer Entwicklung, Politik und Perspektive abhanden gekommen. Die europäische Integration als ein Friedensprojekt bleibt ein unaufgebbares und aktuelles Element ihrer Wiedergewinnung.

Aber nur das Ziel einer europäischen Sozialunion könnte eine grundlegende und nachhaltige Neuidentifizierung bewirken. Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in seinem von der Öffentlichkeit und auch von der Linken ignorierten Diskussionsbeitrag vom 25. November 2006 „Das Europäische Sozialmodell – Richtschnur für Reformen“ nachdrücklich gefordert: „Die Europäische Union braucht eine kräftige Bestätigung ihrer sozialen Dimension, um das Vertrauen der Menschen in den Sinn und die Leistungsfähigkeit sowie insbesondere auch in die soziale Schutzfunktion, die ihr – unabhängig von der Kompetenzfrage – zugesprochen wird, zurückzugewinnen. Hierzu gehört auch, dass die Europäische Union ... ökologischen Fragen einen hohen Stellenwert einräumt. Nur so lässt sich die politische Union auf der Grundlage einer demokratischen Verfassung vollenden.“⁷

Die Linke kann über diese Forderungen mit konkreter Kompetenz hinausgehen. Dahinter zurückbleiben kann sie nicht.

9.

Die Ablehnung des vorliegenden Verfassungsvertrages durch die Linke ist meiner Meinung nach berechtigt und gut begründet. Für mich ist aber auch unbestreitbar, dass die Europäische Union eine Verfassung braucht, ein „Grundgesetz“, das in der Tradition der amerikanischen Konstitution von 1787 – der ältesten noch gültigen schriftlichen Verfassung der Welt – und der Verfassung der Französischen Revolution steht. Es sind tatsächlich weitreichende Souveränitäts- und andere Rechte an die EU abgegeben worden, ohne dass die Bürgerinnen und Bürger einklagbare individuelle Rechte gegenüber den EU-Institutionen und wirkungsvolle demokratische Mitwirkungsmöglichkeiten erhielten. Eine Reform der Regierungsverträge reicht daher nicht aus.

Die Europäische Union muss sich tatsächlich, wie im Verfassungsvertrag behauptet, aber nicht realisiert, vom Willen und von den Rechten der Bürgerinnen und Bürger herleiten. 80 Prozent der Entscheidungen des Deutschen Bundestages und 60 Prozent der Entscheidungen in deutschen Gemeinderäten beruhen auf Brüsseler Verträgen und Richtlinien oder werden entscheidend von ihnen beeinflusst. Ohne Verfassung drohen Europa Desintegration und an-

archische Renationalisierung. Es darf aber nicht allein darum gehen, die Schwächen des Nizza-Vertrags auszumerzen.

Eine europäische Verfassung muss die Rechte der Bürgerinnen und Bürger ebenso sichern wie eine durchgreifende Demokratisierung der EU gewährleisten.

Sie muss die Grundlage bilden, auf der Europa eine friedlichere, sozialere und umweltgerechtere Weltpolitik unterstützen kann. Die Vielfalt der Nationen und Kulturen, der politischen Erfahrungen und religiösen Anschauungen, nicht zuletzt auch der Verfassungstraditionen selbst müssen sich in einer europäischen Verfassung widerspiegeln. Und sie muss der Integration eine nachhaltige, erneuerte Identität und Faszination verleihen und dazu beitragen, die wachsende Kluft zwischen „europäischen Bürgern“ und europäischer Politik zu überwinden. Dazu wäre im Übrigen auch nur ein wesentlich kürzerer, sprachlich verständlicher und vom Ballast verfassungsfremder (und in demokratischer Hinsicht verfassungsfeindlicher) Elementar befreiter Verfassungsvertrag geeignet.

Für die Festlegung der EU auf eine Wirtschaftsordnung („offene Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ im Teil III), die Aufrüstungsverpflichtung der Staaten, „ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Teil I), die Beschränkung der Geldpolitik allein auf Preisstabilität (Teil III) oder die Aufnahme des Maastrichter Monetarismus in die Protokolle des Verfassungsvertrages findet sich in keiner demokratischen Verfassung auf der Welt ein Pendant. Sie sind unvereinbar mit allen geltenden geschriebenen und ungeschriebenen Verfassungsordnungen der Mitgliedsländer, stehen im krassen Widerspruch zu den im Artikel I-3 und in der Grundrechtecharta formulierten Zielen der EU und verstoßen eindeutig gegen das in Artikel I-10 formulierte aktive und passive demokratische Wahlrecht der Bürgerinnen und Bürger, weil sie unabhängig vom Wählerwillen die Politik einseitig wirtschaftsliberal, monetaristisch und militärisch festlegen.

Die linke Kritik besteht daher nicht im Beharren auf einer „linken“, sondern auch auf einer demokratischen Verfassung. Die Teile I und II (Grundrechtecharta) des Verfassungsvertrages bieten bei

allen Schwächen, um deren Beseitigung zu kämpfen wäre, die Grundsubstanzen einer möglichen und notwendigen europäischen Verfassung ... Alle anderen Fragen können politisch und rechtlich in Regierungsverträgen geregelt werden.

10.

Für die Perspektive der europäischen Integration und aus linker Sicht bleibt die soziale Verpflichtung der Europäischen Union jedoch ein Schlüsselproblem. Die hierzu in den „Zielen der Union“ (Artikel I-3) formulierten Grundsätze sind unzureichend, auch wenn sich die Union ausdrücklich verpflichtet: „Sie bekämpft soziale Ausgrenzung und Diskriminierungen und fördert soziale Gerechtigkeit und sozialen Schutz, die Gleichstellung von Frauen und Männern, die Solidarität zwischen den Generationen und den Schutz der Rechte des Kindes. Sie fördert den wirtschaftlichen, sozialen und territorialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedstaaten.“⁹

Es ist vor allem die Orientierung auf „eine in hohem Maße wettbewerbsfähige soziale Marktwirtschaft“, die das soziale Defizit der Union offenbart, auch

Wunschmaschine Europa

Die Linkspartei und die EU-Verfassung: Kann sich Oskar Lafontaine gegen die Freunde des neuen Imperiums durchsetzen?

Von Jürgen Elsässer

Gleich auf zwei Konferenzen beschäftigt sich die Linkspartei in diesen Tagen in Berlin mit ihrem Verhältnis zu Europa. Oder sind es schon zwei Parteien, die sich da gesondert formieren? Denn was auffällt, ist die Polarisierung zwischen Befürwortern und Gegnern des EU-Verfassungsvertrages: Erstere tagen am Wochenende auf Einladung der vereinigten Linksfractionen im Europaparlament (GUE/NGL) und der Rosa-Luxemburg-Stiftung im Gebäude der ebenfalls verfassungsfreundlichen Tageszeitung Neues Deutschland. Die Ablehnungsfront trifft sich am heutigen Freitag hingegen dort, wo Oskar Lafontaine und andere ehemalige Sozialdemokraten einen Gegenpol zum innerparteilichen Neoliberalismus aufgebaut haben – im Bundestag.

Zurück zum Nationalstaat

Tatsächlich hat sich einiges in der früheren PDS geändert, seit der Saarländer im Mai 2005 seinen Übertritt zur

Wahlalternative WASG verkündete. Er drängte nicht nur auf einen schnellen und fairen Zusammenschluss beider Formationen, sondern machte sich auch – es war die Schlussphase der Referendumskampagne in Frankreich – für eine Ablehnung der EU-Verfassung und einen Volksentscheid stark. Damit eröffnete er die Offensive gegen die Freunde des neoliberalen Regelwerkes, die von Abgeordneten im Strassbourger Parlament und den Spitzen des Berliner PDS-Landesverbandes angeführt wurden. Napoleon siegte im Handstreich, die neoliberalen Frondeure mussten den Rückzug antreten – auf dem Papier jedenfalls. Doch da selbst hartgesottene Ultra-Europäer wie der französische Präsidentschaftskandidat Nicolas Sarkozy die EU-Verfassung nicht mehr in der alten Form reanimieren, sondern einen neuen Anlauf unter einem neuen Titel favorisieren, beginnt auch in der Linkspartei der Kampf wieder.

Für diesen Kampf ist das linke Parteizentrum nicht optimal gerüstet. So hat die Bundestagsfraktion im Januar ein „Memorandum für eine demokratische, freiheitliche, soziale und Frieden sichernde Europäische Union“ vorgelegt, in dem nur in Passagen die Handschrift Lafontaines erkennbar wird. So wird gleich zu Anfang apodiktisch verkündet: „Die Linke will den Weg der europäischen Integration weitergehen.“ Das ist ein Kotau vor den globalistischen Linienrichtern. Richtig müsste es heißen: „Die Linke will die europäische Integration stoppen und Entschei-

dungskompetenzen auf die nationale Ebene zurückholen.“

Warum der „Weg in die Integration“ seit den späten achtziger Jahren ein Holzweg war, ist aus dem „Memorandum“ leicht zu entnehmen:

- „Mit der Verabschiedung der Einheitlichen Europäischen Akte 1987 und dem Vertrag von Maastricht (1992) schwenkte die Gemeinschaft auf einen fatalen Kurs des neoliberalen Markt-Rigorismus, der Herrschaft der Wirtschaft über die Politik.“
- „Mit der Einführung des Euro ... geht im Zusammenhang mit dem Statut der Europäischen Zentralbank eine Verselbständigung der Geld- und Währungspolitik einher, die zuvor in keinem Mitgliedsstaat der Gemeinschaft zulässig war.“
- „Seit Maastricht jedoch beschreitet die EU im Geleitzug mit den USA einen verhängnisvollen Weg der Militarisierung der Außen- und Sicherheitspolitik.“

Eigentlich müsste vor diesem Hintergrund klar sein: Eine linke Partei darf nicht bei der Ablehnung der EU-Verfassung stehen bleiben, sondern muss auch die Revision des Euro und der Maastrichter Verträge fordern. Eine unkontrollierbarer Binnenmarkt mit 27 Staaten und ein einheitlicher Währungsraum mit bald 20 Staaten – das kann nur zu einem Dumpingwettlauf auf Kosten der Schwächsten führen.

Formelkompromisse

Jedem Einerseits folgt im „Memoran-

wenn sich der Begriff der „sozialen Marktwirtschaft“ erstmalig in einem Vertrag der Europäischen Union findet. (...) Offiziell betont die Lissabonner Strategie die Verbindung von Wachstum und Beschäftigung mit dem sozialen Zusammenhalt. Die geforderten und gegenwärtig in der gesamten EU umgesetzten „Sozialreformen“ zielen jedoch darauf ab, den Sozialstaat nach dem Prinzip der „individuellen Eigenverantwortung“ umzugestalten. (...)

Was viele nationale Regierungen in dieser Offenheit nicht wagen – auf europäischer Ebene wurde im Kern das US-amerikanische Sozialsystem zum Leitbild und mit dem Vehikel der EU-Politik auch in die Nationalstaaten durchgedrückt: Denunzierung des Sozialstaats als Wirtschafts- und Wettbewerbshindernis, Privatisierung und Kapitalmarktorientierung der sozialen Vorsorge, Deregulierung der Arbeitsmärkte.

In einem entscheidenden Punkt jedoch unterscheidet man sich von den USA: Während Washington seine Finanz- und Wirtschaftspolitik am eigenen Binnenmarkt orientiert, setzen die EU-Kommission und die europäischen

Regierungen auf den globalisierten und markoliberalen Weltmarkt und den Kostenwettbewerb der Mitgliedsländer gegeneinander statt auf die Nutzung und Entwicklung des großen europäischen Binnenmarktes, der europäischen Binnenmarktnachfrage und einer gemeinsamen solidarischen Wirtschafts-, Sozial- und Kohäsionspolitik.

11.

Das bisherige europäische Sozialmodell mit seinen sehr unterschiedlichen nationalen Ausprägungen¹⁰ muss eine wahrhaft europäische Ergänzung erhalten und zu einer europäischen Sozialstaatspolitik weiterentwickelt werden.

Das Zentralkomitee der deutschen Katholiken hat in durchaus mahnender Sicht auf die aktuelle Politik das europäische Sozialmodell als eines beschrieben, dem „ein Menschenbild zugrunde (liegt), das allen Menschen die gleiche Würde und die gleichen unveräußerlichen Rechte zuerkennt. Der Einzelne in seiner personalen Würde ist Ziel und Träger der gesellschaftlichen Prozesse. Die Freiheits- und Bürgerrechte, die aus diesem Menschenbild folgen, bedürfen notwendigerweise der Ergänzung durch Sozialrechte, denn Freiheit besteht nur dort, wo sie tatsächlich in Anspruch genommen werden kann. Sozialrechte sollen dies ermöglichen. Ihrer inneren Logik nach zielen sie auf Teilhabe aller am politischen und gesellschaftlichen Leben.“¹¹ (...)

12.

Damit schließt sich – für mich – der Kreis: Wer in Deutschland oder Frankreich um die Neugewinnung des Sozialstaats kämpft, muss die europäische Integration als entscheidenden Raum dieses Kampfes berücksichtigen und annehmen. Wer das Projekt der europäischen Integration nicht aufgeben will, muss und kann es nur in der Perspektive einer europäischen Sozialunion finden. Ohne eine grundlegend veränderte europäische Wirtschaftspolitik statt der „New Economy“ des Lissabon-Prozesses wird das nicht erreichbar sein.

Demokratisierung der Europäischen Union (auf die ich hier nicht eingehen kann), sozialer Zusammenhalt, soziale Sicherheit und ökologisch nachhaltige Entwicklung müssen ihre gesellschaftspolitischen Ziele und ihr integraler Bestandteil zugleich sein. Die Grundzüge des dafür erforderlichen komplexen Ansatz (policy mix) sind offenkundig:

- eine wirtschaftspolitische Kooperation zwischen der Europäischen Zentralbank, der Wirtschafts- und Fiskalpolitik der Mitgliedstaaten und der Lohnpolitik,
- eine entspanntere Geldpolitik,
- eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik,
- eine binnenwirtschaftsorientierte Strategie für Nachhaltigkeit und so-

zial-ökologische Strukturreformen, die auf „eine weitgehende Dematerialisierung der europäischen Wirtschaft“ gerichtet wären¹²,

- eine Haushaltspolitik, die öffentliche Investitionen, Forschung und Bildung sowie die Entwicklung der Humanressourcen stärkt,
- eine konsequente Gleichstellungspolitik,
- die reale Verpflichtung der EU auf die Überwindung der Massenarbeitslosigkeit, die unter anderem durch die Aufnahme der Arbeitslosenrate (mehr als zehn Prozent) in die Kriterien für die höchste Stufe der EU-Förderpolitik unterstützt werden kann,
- eine Sozialunion mit europäischen Mindeststandards für soziale Leistungen, Löhne und Unternehmenssteuern, die schrittweise in „Sozialpolitik-Korridoren“¹³ nach oben angenähert werden, sowie „quantitative und qualitative Vorgaben z.B. zur Verbesserung des Gesundheitsschutzes, zum Mindestniveau einer armutsfesten sozialen Grundsicherung ..., zu einer EU-Mindestnorm für Mindestlöhne (z. B. 65 % des nationalen Durchschnittslohns), zur Überwindung der Wohnungslosigkeit oder des Analphabetentums vereinbart werden.“ (Klaus Dräger) (...)

dum“ ein Andererseits. So heißt es richtig: „Der Vorrang der Zuständigkeit der Mitgliedsstaaten und der nationalen Parlamente muss in der Verfassung verankert werden.“ Es kann doch wirklich nicht sein, dass Deutschland von der EU vorgeschrieben wird, dass es seine Sparkassen und seine kommunalen Betriebe privatisieren muss und Not leidende Großbetriebe nicht mehr subventionieren darf, obwohl die Mehrheit der Bevölkerung diese Direktiven ablehnt.

Andererseits heißt es: „Die Linke will, dass bei Konflikten zwischen dem Grundrechtsschutz nach der Charta und den Verfassungen der Mitgliedsstaaten der jeweils höhere Rechtsstandard gilt.“ Hier soll also fallweise EU-Recht doch nationales Recht brechen können. Man darf sicher sein, dass die „Grundrechte“, die Brüssel mit einem solchen Prärogativ stärken wird, im Zweifelsfall die der Eigentümer und nicht die der Beschäftigten sein werden.

An anderer Stelle hat Lafontaine deutlich gemacht, was er unter einer möglichen Verfassung versteht: „Es reicht ein kurzer Text, mit dem sich die EU-Staaten auf die Prinzipien ihres Zusammenwirkens verständigen und nicht jedes Detail regeln.“ Voilà, c'est ca. Das wäre die Rückkehr von der EU zur EG, zur Europäischen Gemeinschaft – einem Bund souveräner Staaten, die ihre Wirtschaftspolitik untereinander abstimmen, aber nicht aus der Hand geben. Waren wir damals schlechtere Europäer?

(junge Welt, 9.3.07)

- 1 Programm der Partei der Europäischen Linken, 9. Mai 2004 (<http://www.europeanleft.org/about/introduction/extendeddocument.2005-06-30.0350004084>)
- 2 „Die Presse“, Wien, 20. Juli 2006 (...)
- 4 Steffen Mau: Soziale Ungleichheit in der Europäischen Union; Aus Politik und Zeitgeschichte, B 38/2004; Gerhard Gnauck: Schön, abgelegen, arm; Die Welt, 15. Februar 2005
- 5 Europäische Kommission, Eine Partnerschaft für die Kohäsion. Konvergenz, Wettbewerbsfähigkeit, Kooperation. Dritter Bericht über den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt, Luxemburg 2004.
- 6 Michael Sommer, DGB-Vorsitzender: Ein europäischer Sozialvertrag für das 21. Jahrhundert. Sechs Thesen, Berlin, 7. April 2005.
- 7 <http://www.zdk.de/erklarungen/erklarung.php?id=157&page=...> (...)
- 9 http://europa.eu.int/constitution/index_de.htm
- 10 Siehe: André Brie: Europäische Sozialpolitik: Der Abriss des Sozialstaats. Geschichtliche Wurzeln und Verläufe. Aktuelle Entwicklung. Im Anhang: Acht Thesen zu einer Alternative aus linker Sicht (www.andrebrie.de).
- 11 A.a.O.
- 12 Klaus Dräger: Visionen für ein neues Sozialsystem: Hat die Linke ein Projekt für Europa? Unveröffentlichtes Manuskript.
- 13 Vgl.: Klaus Busch: Das Korridormodell – ein Konzept zur Weiterentwicklung der EU-Sozialpolitik, International politics and Society, 2/1998. Vgl. auch: André Brie: Europäische Sozialpolitik. In: Cornelia Hildebrandt: Perspektiven des Europäischen Sozialstaats. Berlin: Dietz Verlag 2003, S. 13 – 87 (http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/Manuskrifte_52.pdf).

(aus Platzgründen gekürzt. Das vollständige Dokument findet sich unter http://www.rosalux.de/cms/fileadmin/rls_uploads/pdfs/allg_Texte/Brie_Andre/A_Brie-EU-Thesen07.pdf)

24./25. März, Dortmund. Parteitag Linkspartei.PDS und Parteitag der WASG. Beschlussfassungen der Gründungsdokumente der Partei Die Linke

30. März bis 18. Mai. Urabstimmung in Linkspartei.PDS und WASG zur Fusion.

31. März / 1. April. Frankfurt. Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften.

13./14. April. Hamburg. Gewerkschaftspolitische Konferenz der Linkspartei.PDS.

21. bis 24. Mai. Sevilla. Kongress des Europäischen Gewerkschaftsbundes.

22. Mai. München. Hauptversammlung des Deutschen Städtetags.

Jahrestagung Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften

Samstag, 31. März / Sonntag 1. April, Frankfurt am Main

Tagungsort: Im Haus der Jugend, Deutschherrenufer 12

Samstag, 31. März

ab 12 Uhr Anmeldung, 12.30 Uhr Beginn der Tagung

1. Formalitäten
2. Aussprache über den Fusions- und Parteibildungsprozess von Linkspartei.PDS und WASG. Bericht über die Parteitage am 25. März.
15.30 Uhr bis 16 Uhr, Pause
3. Öffentliche Diskussionsveranstaltung, 16 bis 19 Uhr

Gerechter Friede zwischen Israel und Palästina!

40 Jahre nach dem so genannten Sechs-Tage-Krieg (5. bis 10. Juni 1967) ist der Konflikt zwischen Israelis und Palästinensern immer noch ungelöst, und manchmal scheint es, als sei der Nahe Osten von einem Frieden weiter entfernt denn je. Der Konflikt, der militärisch nicht gelöst werden kann, hat beide Gesellschaften, die israelische wie die palästinensische, in eine tiefe Krise gestürzt. Seit dem Libanon-Krieg im Sommer 2006 haben nun auch Nato und Bundeswehr in der Konfliktregion Fuß gefasst. Um so notwendiger ist es, jeden Ansatz zu unterstützen, der einen gerechten und dauerhaften Frieden zum Ziel hat. Aber was heißt das? Einseitige Teilnahme, die legitime Interessen missachtet, ist nicht hilfreich, heizt den Konflikt vielmehr noch an, das haben die vergangenen Jahrzehnte gezeigt.

Auf der öffentlichen Veranstaltung im Rahmen der Jahrestagung des Forums referieren *Florian Weis, Rosa-Luxemburg-Stiftung*, und *Michael Kellner, Kölner Ratsmitglied der Linken*. Florian Weis spricht über Entwicklungen in der israelischen Gesellschaft und beleuchtet unter diesem Blickwinkel die Bedingungen für einen gerechten Frieden. Michael Kellner berichtet von einer Delegationsreise in die beiden Kölner Partnerstädte Tel Aviv und Bethlehem.

Sonntag, 1. April

Beginn 9 Uhr.

4. Bericht der Redaktion der Politischen Berichte, Finanzen des Forum und der Finanzierung der Politischen Berichte, Wahlen zum Arbeitsausschuss

Ab 10.30 Uhr:

5. Kommunale Leistungen und Freiheit des Einzelnen – Selbstverwaltung als Chance.

Um Anmeldung bei Jörg Detjen, GNN Köln, wird gebeten.

2. Juni. Rostock. Eine andere Welt ist möglich – Aktionen gegen den G8-Gipfel in Heiligendamm. Aufrufe usw. siehe www.heiligendamm2007.de

6. bis 10. Juni. Köln. 31. Evangelischer Kirchentag.

16. Juni. Gründungsparteitag Die Linke.

28./29. September. 72. Parteitag der CSU, Vorstandswahlen.

30. September bis 6. Oktober. Leipzig. Bundeskongress der Gewerkschaft Verdi.

4. bis 10. November. Leipzig. 21. ord. Gewerkschaftstag IG Metall.

30. November bis 1. Dezember. Nürnberg. CSU-Parteitag (Vorstellung Grundsatzprogramm).

Vorschau auf Wahlen

Jahr	Monat	Wo?	Was?	Termin	Wahlperiode
2007	Mai	Bremen	Land/Kom.	13.5.	4 Jahre
	Mai	Bremerhaven	Kommunal	13.5.	4 Jahre
2008	Januar	Hessen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	Januar	Niedersachsen	Landtag	27.1.	5 Jahre
	März	Bayern	Kommunal	2.3.	6 Jahre
	Frühj.	Hamburg	Land/Kom.		4 Jahre
	Frühj.	Schleswig-Holstein	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Bayern	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Kommunal		5 Jahre
2009	Frühj.	EU	Euro. Parl.		5 Jahre
	Frühj.	Bundesversamml.	Bundespräsid.		5 Jahre
	Frühj.	Baden-Württemb.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Mecklenb.-Vorp.	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Rheinland-Pfalz	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Sachsen-Anhalt	Kommunal		5 Jahre
	Frühj.	Thüringen	Land/Kom.		5 Jahre
	Herbst	Bund	Bundestag		4 Jahre
	Herbst	Brandenburg	Landtag		5 Jahre
	Herbst	NRW	Kommunal		5 Jahre
	Herbst	Saarland	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre
	Herbst	Sachsen	Landtag		5 Jahre

Quelle: <http://www.bundestag.de/parlament/wahlen/wahltermine.html>